

20. Jahrestag der friedlichen Revolution
in der ehemaligen DDR und des Beginns
der partnerschaftlichen Zusammenarbeit
von Hessen und Thüringen.

Symposium am 18. September 2009



HESSISCHER
LANDTAG

Schriften des Hessischen Landtags

Heft 10

Schriften des Hessischen Landtags

- Heft 1 Bioethik-Symposium des Hessischen Landtags am
17. November 2001
Wiesbaden 2002
- Heft 2 Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus
am 27.01.2004 im Plenarsaal des Hessischen Landtags
Wiesbaden 2006
- Heft 3 Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus
am 27.01.2005 im Stadtverordnetensaal des Wiesbadener
Rathauses
Wiesbaden 2006
- Heft 4 Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus
am 26.01.2006 im Hessischen Landtag
Wiesbaden 2006
- Heft 5 Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus
am 27.01.2007 im Ständehaus Kassel
Wiesbaden 2008
- Heft 6 Symposium „Schutz des Lebens und Selbstbestimmung am
Lebensende“ am 12. März 2007 im Hessischen Landtag
Wiesbaden 2008
- Heft 7 Festveranstaltung des Hessischen Landtags zum 60-jährigen
Jubiläum des Unterausschusses Justizvollzug am 11. Mai
2007 in der Justizvollzugsanstalt Rockenberg
Wiesbaden 2008
- Heft 8 Gedenkveranstaltungen für die Opfer des Nationalsozialismus
am 27. Januar 2008, 26. Januar 2009 und 27. Januar 2010
und aus Anlass des 70. Jahrestages der Reichspogromnacht
am 10. November 2008
Wiesbaden 2010

Heft 9 Feierliche Übernahme des neuen Plenarsaals am 4. April 2008
und Verabschiedung der ausscheidenden Abgeordneten der
16. Wahlperiode des Hessischen Landtags sowie Einweihung
des neuen Plenargebäudes
Wiesbaden 2010

20. Jahrestag der friedlichen Revolution
in der ehemaligen DDR und des Beginns
der partnerschaftlichen Zusammenarbeit
von Hessen und Thüringen.

Symposium am 18. September 2009

Impressum

Herausgegeben von Norbert Kartmann,
Präsident des Hessischen Landtags

Redaktion: Hubert Müller, Susanne Baier

Herstellung: Werbedruck GmbH Horst Schreckhase, Spangenberg

ISBN: 978-3-923150-38-0

© 2010 Hessischer Landtag, Wiesbaden, Schlossplatz 1–3

Inhalt:

Begrüßung

Norbert Kartmann

Präsident des Hessischen Landtags 11

Grußwort

Dagmar Schipanski

Präsidentin des Thüringer Landtags..... 17

Der Weg zur friedlichen Revolution in der DDR und zur Bildung des Freistaats Thüringen

Andreas Rödder

Johannes Gutenberg-Universität Mainz 23

Erinnerungen an Hessens Beitrag zur Wiedererstehung des Freistaats Thüringen

Podiumsdiskussion

Moderation

Manfred Krupp

Hessischer Rundfunk 34

Franz Josef Jung, MdB, Bundesminister

Hartmut Holzapfel, ehem. MdL, Staatsminister a. D.

Wolfgang Gerhardt, MdB, Staatsminister a. D.

Friedrich Karl Hertle, ehem. MdL und Fraktionsvorsitzender

**Vorstellung der Dokumentation
Hessen und Thüringen – Wege zur Partnerschaft.
Das Aktionsprogramm 1989 bis 1994**

Klaus Eiler

Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden 58

Karin Brandes

Philipps-Universität Marburg 63

Schlusswort

Stefan Grüttner

Staatsminister und Chef der Hessischen Staatskanzlei 67

Begrüßung

Norbert Kartmann

Präsident des Hessischen Landtags

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In diesem Landtag ist es üblich, drei Minuten nach der Zeit zu beginnen. Jetzt sind wir schon fünf Minuten nach der Zeit. Das macht aber nichts. Ich freue mich, dass Sie alle zu diesem besonderen Anlass anwesend sind.

Ich darf meine Kollegin, die Präsidentin des Thüringer Landtags, Prof. Dr. Dagmar Schipanski, zu diesem Symposium ganz herzlich begrüßen. Herzlich willkommen hier im Hessischen Landtag.

Meine Damen und Herren, die Geschichte der partnerschaftlichen Zusammenarbeit von Hessen und Thüringen ist eine besondere Geschichte. Sie ist sehr jung, aber in den letzten 20 Jahren sehr positiv besetzt. Deswegen haben wir einen gewichtigen Anlass, heute gemeinsam über diese Tage und Wochen vor 20 Jahren zu diskutieren.

Wir haben einen Fachmann eingeladen, der uns aus der Sicht eines Historikers, eines Wissenschaftlers, zum Thema „Der Weg zur friedlichen Revolution in der DDR und zur Bildung des Freistaats Thüringen“ einen Vortrag halten wird. Ich begrüße herzlich Herrn Prof. Dr. Andreas Rödder von der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz. Herr Prof. Dr. Rödder, herzlich willkommen bei uns.

Die Frage zu beantworten, wer miteinander diskutiert, ist einfach und schwierig zugleich. Ich habe bei der Begrüßung vieler Kolleginnen und Kollegen und ehemaliger Kolleginnen und Kollegen vorhin einem Kollegen gesagt, die heutige Veranstaltung sei wie ein Klassentreffen. Auch viele ehemalige Abgeordnete aus beiden Landtagen sind anwesend, die ich herzlich begrüße.

Viele von uns haben diese Wochen in einer besonderen emotionalen Situation erlebt. Vor 20 Jahren war ich mit 40 Jahren noch ein junger Mensch, aber die Begegnungen und die Erlebnisse, als wir unsere Landsleute in Thüringen besuchten, werden nicht nur in unsere Berufslaufbahn, sondern in uns selbst immer eingebrannt bleiben. Wir haben dies nicht nur als politische Neutren, sondern gemeinsam als Deutsche erlebt.

Ich freue mich ganz besonders, dass wir für das heutige Gespräch „Erinnerungen an Hessens Beitrag zur Wiedererstehung des Freistaats Thüringen“ eine sehr kompetente Runde haben zusammenstellen können.

Ich begrüße ganz herzlich jemanden, der in diesem Hause nie gesessen hat, der aber zum Hause gehört und der einen großen Teil dieser geschichtlichen Entwicklung mitgemacht hat: Herrn Bundesminister Dr. Franz Josef Jung. Lieber Franz Josef Jung, herzlich willkommen hier in Ihrem Hessischen Landtag.

Wie er haben alle anderen Gesprächsteilnehmer hessische Landesgeschichte geschrieben – so beispielsweise Herr Staatsminister a. D. Hartmut Holzapfel, der ein ganzes Jahrzehnt für die Bildungspolitik in diesem Land zuständig war. Ich war gegen ihn, aber heute vertragen wir uns ganz gut. Herzlich willkommen, Hartmut Holzapfel.

Ich kann jetzt nicht über jeden von Franz Josef Jung bis zu Herrn Hertle große Geschichten erzählen; das würde zu lange dauern. Ich begrüße daher sehr herzlich Herrn Staatsminister a. D. und Mitglied des Bundestages Dr. Wolfgang Gerhardt, der in dieser Zeit eine wichtige Rolle einnahm und auch im Hessischen Landtag in Wiesbaden mit tiefen Spuren verewigt ist. Herzlich willkommen, lieber Wolfgang.

Ich freue mich besonders, dass ein ehemaliger Fraktionsvorsitzender der GRÜNEN und früherer Kollege anwesend ist. Herzlich willkommen, Friedrich Karl Hertle.

Ich bin wirklich gespannt, nicht wie ein Kriminalroman ausgeht, sondern was Sie uns zu diesem Thema im Rückblick zu berichten haben.

Meine Damen und Herren, ich freue mich, dass sehr viele Gäste aus Thüringen hier sind, Abgeordnete, ehemalige Abgeordnete, ehemalige Staatsminister, die alle von sich sagen können, dass sie ein Teil dieser Entwicklung sind.

Wenn ich jetzt keinen Politiker, sondern einen Juristen nenne, dann deswegen, weil dies aufgrund seines Werdegangs eine besondere Situation ist und weil er der Präsident der dritten Staatsgewalt ist. Ich begrüße den Präsidenten des Verfassungsgerichtshofs von Thüringen, Herrn Harald Graef, ganz herzlich, einen Frankfurter Juristen, der bis heute in Thüringer Diensten steht. Herzlich willkommen.

Ich habe Ihnen ein Buch mitgebracht; das ist jetzt sehr egoistisch gedacht. Es ist ein Stück Hintergrund. Wir, die Hessen, haben uns vor einigen Jahren mit Unterstützung der Thüringer Kolleginnen und Kollegen entschlossen, Dokumente aus der Zeit des Falls der Mauer und der Öffnung der deutsch-deutschen Grenze zu sammeln. Diese Zeit, die Hessen und Thüringen verbindet, begann vor 20 Jahren und reichte bis in die Jahre, die zur deutschen Einheit führten, bis in die Zeit danach, als Hilfe aus Hessen nach Thüringen kam.

Wir haben Tausende von Dokumenten gesammelt, die vom Leiter des Hessischen Hauptstaatsarchivs, Prof. Dr. Klaus Eiler, verwaltet werden, den ich in unserer Mitte herzlich begrüße. Er hat eine Dokumentensammlung von großem Umfang und wird uns nachher noch erzählen, was damit alles möglich ist.

Unsere Idee, mit einem ersten kleinen Büchlein politische Protagonisten der damaligen Zeit zu Wort kommen zu lassen, wurde schon umgesetzt. Der eine oder andere kennt dieses Büchlein. Die weitere Idee ist, mit diesen Quellen öffentlich zu dokumentieren, was diese Zeit geprägt hat und was Hilfe bedeutete – nicht nur auf der Gefühlsebene, sondern auch sehr praktisch.

In unserer Runde sind Menschen, die als Mitarbeiter beispielsweise von Stadtverwaltungen, von Kreisverwaltungen und von anderen Behörden nach Thüringen gefahren sind und Rat gegeben haben. Es ging darum, Rat zu geben und zu helfen, ohne aufdringlich zu sein.

Das erste Werk liegt nun vor. Darin wird das in Teilen komprimiert in Texten dokumentiert. Es wurde von Frau Prof. Schipanski und mir herausgegeben und von Karin Brandes zusammengeschrieben und bearbeitet. Das war fast schon eine Fleißarbeit, was jedoch zu wenig gesagt wäre über das, was darin steht. Ich begrüße Frau Karin Brandes ebenfalls herzlich unter uns. Frau Brandes, herzlichen Dank, dass Sie gekommen sind und dass Sie uns dieses Werk mitgebracht haben.

Ich will nicht versäumen, Herrn Prof. Schiller zu nennen, der nicht hier sein kann, der aber ebenso wie Prof. Eiler begleitend an diesem Projekt mitgewirkt hat.

Meine Damen und Herren, ein großer und wesentlicher Teil dessen, was wir dort gemacht haben, wurde von der Landesregierung mit Rückendeckung und Beschluss des Landtags vollzogen. Die Landesregie-

rung ist heute durch den Chef der Staatskanzlei vertreten, den ich herzlich begrüße. Herr Staatsminister Stefan Grüttner, herzlich willkommen.

Ich habe diese Entwicklungen als noch relativ junger Abgeordneter staunend erlebt. Ich könnte, wie alle, die hier sitzen, auch die sehr persönlichen Dinge erzählen, die mich umgetrieben haben: die Ungläubigkeit am Tag der abendlichen Meldung im Fernsehen, dass die Grenzen offen sind, die unterschiedlichen Reaktionen in diesem Landtag – wir waren ja hier zusammen –, die Beobachtung dessen, was im Deutschen Bundestag geschehen ist, und die Berichte der Medien. Sie waren ein wesentlicher Teil und wurden selten so komprimiert von uns genutzt wie in diesen Tagen. Ich begrüße die Vertreter der Medien herzlich, die, wie ich hoffe, über das heutige Symposium ausführlich berichten werden.

Der Sinn eines Symposiums oder eines Gesprächs über ein gewisses Thema liegt nicht nur darin, dass wir uns etwas anhören, sondern wir müssen die Dinge, die wir zusammentragen oder die wir geschrieben haben, für die Zukunft festhalten. Das, was 1989 und in den folgenden Jahren geschehen ist, und die Gründe, warum es geschehen ist, dürfen nicht in den Papierkorb der Geschichte wandern, sondern müssen dokumentiert werden. Das ist ein Teil dessen, was wir uns zur Aufgabe gemacht haben.

Seit über 25 Jahren ist in Wiesbaden nicht nur im Landtag das Forschungsvorhaben „Politische und parlamentarische Geschichte des Landes Hessen“ installiert. Es gibt eine Kommission, die sich mit der parlamentarischen Geschichte beschäftigt. Wir haben dies etwas erweitert, weil natürlich das, was niedergeschrieben worden ist, auch einen Teil parlamentarischer Geschichte bildet, die durch das Parlament aufgelöst wurde. Deswegen haben wir dieses Buch in Auftrag gegeben. Ich hoffe sehr, dass es viele Abnehmer findet.

Meine Damen und Herren, 20 Jahre ist das schon her; man kann es kaum glauben. Ich sage Ihnen ganz offen: Es gibt zwei bis drei Wochen in dieser Zeit, die ich Ihnen minutiös erzählen könnte. Ich bin sicher, dass ich nicht der Einzige bin. Das ist prägend. Diese Tage im November 1989 in Deutschland waren zweifelsohne freudige Tage für die Deutschen – trotz aller Probleme, die wir gemeinsam zu bewältigen hatten, zu bewältigen haben und in der Zukunft zu bewältigen haben werden.

Die Frage, mit welcher Kraft wir das tun, hängt davon ab, wie wir mit dieser Erinnerung leben, aus der wir Kraft ziehen können. Die Frage, wie erfolgreich wir das tun, hängt davon ab, wie gemeinsam wir es tun – bei allen Unterschieden der Debatten über Wege oder Ziele. Es ist eine große Chance für unser Land, dies auch 20 Jahre später weiter zu vollziehen.

In den ersten Jahren gab es Debatten darüber, dass die Mauer in den Köpfen nicht abgerissen sei. Es gab politischen Streit über die Frage: Blühen die Landschaften oder nicht? Entscheidend ist aus meiner Sicht das, was am Ende auch für die Bürgerinnen und Bürger in den neuen Bundesländern wichtig war, die diesen Prozess im Wesentlichen beschleunigt haben: Sie sehnten sich schlichtweg nach Freiheit. Jeder mag eine subjektive Meinung über Freiheit haben, aber in diesem Fall müssen wir gemeinsam feststellen, dass dies das wesentliche Element war und ist. Wir müssen diesen Freiheitsgedanken weiterhin in seiner wahren Form wachhalten.

Das Buch, die Diskussion und die Dokumentation nach der Diskussion sollen helfen, dass Menschen sich mit der Frage beschäftigen, was ihnen Freiheit wert ist. Wer frei ist, wird den Wert der Freiheit nicht in dem Maße ermessen können wie diejenigen, die einmal nicht frei waren. Sie sind Zeitzeugen, die überall dort zu Wort kommen, wo sie zusammenkommen und wo wir dokumentieren können, wie sie diese Zeit erlebt haben.

Meine Damen und Herren, alle Gäste zu begrüßen, würde den Rahmen dieser Veranstaltung sprengen; das wissen Sie. Aber es geht auch um das Thema, es geht um Hessen und Thüringen, es geht um diese Tage von damals, es geht auch um die Aktualität von heute und um die Frage, wie weit wir gekommen sind. Unten im Foyer haben wir parallel zur heutigen Tagung zwei Ausstellungen: zum einen vom Grenzmuseum Schiffersgrund und zum anderen zum Thema „Hessen und Thüringen – Nachbarn und Partner“ als Teil einer Ausstellung „20 Jahre friedliche Revolution und deutsche Einheit“. Daran erkennen Sie einen Versuch, dieses auch bildlich und textlich zu dokumentieren.

Ich möchte Sie auf ein großes Bild hinweisen, das wir unten im Foyer aufgehängt haben. Wir fanden es so gut, dass es hier seinen Platz finden soll. Es wurde vor Kurzem von Michael Apitz, einem Künstler aus dem Rheingau, gemalt. Es ist einfach und schlicht, aber genau deswegen von größter Symbolik. Es zeigt das Brandenburger Tor und

die Mauer davor sowie die Menschen, die auf der Mauer und davor stehen. In der Mitte des Bildes ist ein heller Streifen, der sich von den Menschen über die Mauer in die Mitte des Brandenburger Tores bewegt. Das ist ein wahres Bild der Einheit Deutschlands. Wenn wir schon einen Rheingauer Künstler haben, der das gemalt hat, gehört es in den Hessischen Landtag. Insofern freue ich mich sehr, dass es gelungen ist, von Michael Apitz dieses Bild zu bekommen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich schließen mit dem nochmaligen Dank, dass ich Sie hier begrüßen darf, dass wir dies alles mit breiter Unterstützung über die Grenzen der Parteien hinweg gemeinsam haben machen können und dass wir mit dem heutigen Symposium diese Phase abrunden.

Im nächsten Jahr werden wir eine große Zahl von Anlässen haben, die sich im Abstand von 20 Jahren wiederholen. Also lassen Sie uns heute beginnen und das nächste Jahr entsprechend gestalten: zur Erinnerung, zur Vertiefung, aber auch zur Mahnung. Denn es ist ein großer Teil des Nichtvergessens, dass wir mahnen, die Dinge nicht mehr zu wiederholen, die zu den Strukturen geführt haben, die wir 1989 überwunden haben. – Herzlichen Dank.

Ich darf nun meine Kollegin, Frau Prof. Schipanski, bitten, zu uns zu sprechen. Bitte schön.

Grußwort

Prof. Dr. Dagmar Schipanski

Präsidentin des Thüringer Landtags

Sehr geehrter Herr Präsident Kartmann, Herr Bundesminister Jung, Herr Präsident des Thüringer Verfassungsgerichtshofs, meine sehr geehrten Abgeordneten und ehemaligen Abgeordneten aus Hessen und Thüringen, meine sehr verehrten Ministerinnen und Minister sowie ehemaligen Ministerinnen und Minister aus Hessen und Thüringen, meine sehr verehrten Gäste! Im April 1989 wurde am Dresdner Staatsschauspiel ein Theaterstück uraufgeführt, das einem kulturpolitischen Erdbeben in der DDR gleichkam, nämlich Christoph Heins „Die Ritter der Tafelrunde“. Ich glaube, jeder Zuschauer verstand den Subtext des Stücks sofort. Nicht die keltische Sagenwelt, sondern der real existierende Sozialismus wurde hierin verhandelt. Ich zitiere aus einer Szene:

Euer Gral ist ein Phantom, dem ihr ein Leben lang hinterher gejagt seid. [...] Ein Hirngespinnst, um das ihr euch die Köpfe blutig geschlagen habt. Sieh dir deine Gralsritter an. Verstörte, unzufriedene, ratlose Greise, die das Leben verklagen. Was, glaubst du, sollte mich dazu bringen, auch so zu werden?

Es war allen klar, wo die verstörten, unzufriedenen, ratlosen Greise zu verorten waren und dass sie einem Machtapparat vorstanden, der sich durch Konzept- und Ideenlosigkeit selbst geschwächt hatte. So wurde Christoph Heins Text als Abgesang auf die DDR verstanden, als Abgesang auf einen bereits im Untergehen begriffenen Staat. Heins Stück stellt nicht die Frage, ob die Ritter die Suche nach dem Gral aufgeben sollten, sondern nur noch die Frage nach dem Wann.

Die Realität war tatsächlich nur ein halbes Jahr langsamer als das Theaterstück, denn als die SED im Oktober 1989 in gespenstischer Weise den 40. Gründungstag der DDR mit Volksfesten, einem Fackelzug der FDJ und einer Militärparade inszenierte und der staunenden Weltöffentlichkeit die Überlegenheit des Sozialismus vor Augen führen wollte, hatten die Flüchtlinge in den Botschaften und über die ungarische Grenze bereits den Untergang eingeleitet und das wahre Bild gezeigt: einen anschwellenden Strom der Flüchtlinge, die sich in einer Abstimmung mit den Füßen ihrer Staatsangehörigkeit entzogen. Sie

äußerte sich als Demonstrationsbewegung der Bürger, die angesichts der Reformunwilligkeit der SED immer machtvoller wurde.

Dies war der entscheidende Punkt am Ende des Regimes. Es war der Zeitpunkt, wo wir unsere Angst vor den Machhabern verloren hatten: die Angst vor einem oppositionellen Wort, die Angst, verraten zu werden und irgendwo im Arbeitslager oder im Gefängnis zu enden. Es war wichtig. Wir hatten die Angst vor den Mächtigen verloren, weil wir mit dem Ruf „Wir sind das Volk!“ selbst mächtig geworden waren und die Ideologie vom Sozialismus ad absurdum geführt hatten. Es war das gute Gefühl, aus eigener Kraft den Befreiungsschlag nach 40-jähriger Ohnmacht geführt zu haben. Es war die erste gelungene deutsche Revolution – eine, die ohne Blutvergießen zu Ende ging. Ich glaube, dass sie der deutschen Freiheitsgeschichte ein wichtiges und ein sehr würdiges Kapitel hinzugefügt hat.

In dieser Zeit, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat der runde Tisch als zentrales Instrument der Initiierung und Bewältigung gesellschaftlicher Transformationsprozesse Geschichte gemacht. Das Modell des runden Tisches in Polen verbreitete sich mit atemberaubender Geschwindigkeit überall im ehemaligen Ostblock. Dieses neue Dialogformat wurde in den Oppositionsbewegungen der DDR, der Tschechoslowakei und in Ungarn als Ausdruck der wachsenden demokratischen Teilhabe mit großer Begeisterung aufgegriffen.

In der DDR nahm der zentrale runde Tisch am 7. Dezember 1989 seine Arbeit auf, um einen Dialog auf Augenhöhe zwischen der Regierung und der Opposition zu ermöglichen, und vor allen Dingen, um die alten Eliten der DDR zu kontrollieren. Weitere regionale und lokale runde Tische etablierten sich noch im Dezember 1989 überall in der Republik, so auch in den Bezirkshauptstädten Erfurt, Gera und Suhl.

Der Thüringer Landtag hat die vorparlamentarische Arbeit dieser drei regionalen runden Tische in einer großen, kürzlich erschienenen Publikation gewürdigt. Darin abgedruckt und aufgearbeitet sind unter anderem die Protokolle der Sitzungen der runden Tische. Erlauben Sie mir, dass ich Ihnen einen Auszug aus dem Protokoll der Sitzung des Erfurter runden Tisches am 17. Januar 1990 vortrage:

Der Moderator

– Probst Dr. Falcke von der evangelischen Kirchenprovinz Sachsen –

begrüßt die Gäste aus Hessen und Rheinland-Pfalz und dankt ihnen für die großzügige und rasche Hilfsbereitschaft ihrer Länder und auch dafür, dass die Verantwortlichen aus den Bundesländern nicht an der Kompetenz des runden Tisches vorbei ihre Gespräche führen wollen.

Zunächst spricht Finanzminister Kanther aus Hessen. Er gibt seiner Freude Ausdruck, dass es zu diesem Gespräch kommt. Hilfen im Bereich des Gesundheitswesens und des Verkehrswesens sind bereits angelaufen. Für Sofortmaßnahmen stellt Hessen Hilfen für 250 Millionen DM bereit. Darüber hinaus wird es langfristig einen Bürgschaftsrahmen in Höhe von 500 Millionen DM geben.

Im Sitzungsprotokoll ist auch das Gespräch vermerkt, das sich am Anschluss an die Ausführungen von Finanzminister Manfred Kanther am runden Tisch ergab. Darin herrschte Einigkeit, dass die Hilfen für kranke und alte Menschen ebenso unaufschiebbar waren wie die Maßnahmen zur Rettung der vom Verfall bedrohten Baudenkmäler. Sie sollten nicht bis zur Volkskammerwahl hinausgezögert werden. Die Mitglieder des runden Tisches erhofften sich von zügigen Maßnahmen ein deutliches Signal des Bleibens an die vielen Ausreisewilligen. Zugleich wiesen die Mitglieder des runden Tisches darauf hin, dass die finanziellen Hilfen des Landes Hessen keineswegs dazu beitragen durften, dem gerade erst in Gang gekommenen Demokratisierungsprozess entgegenzuwirken und die überkommenen Machtverhältnisse zu stabilisieren.

Das war ein ganz entscheidender Punkt in der damaligen Zeit und zeigt zugleich, dass mit dem Fall der Mauer am 9. November 1989 eben noch nicht das ganze Ende der DDR-Machthaber beschlossen war. Es kam jetzt auf jede Maßnahme an, damit der alte Machtapparat destabilisiert wurde.

Das heißt, der Winter 1990 war ganz sicher nicht die Zeit von langwierigen Planungen und Beratungen, die üblichem Verwaltungshandeln innewohnt. Angesichts der Fülle drängender Probleme war schnelles, konstruktives und sehr oft auch kreatives Handeln gefragt. Die Euphorie

der ersten Stunde, auf die Herr Kartmann gerade hingewiesen hat, half mit, diese immensen Schwierigkeiten in Angriff zu nehmen.

Dem schmalen Fenster in der Geschichte, das es für die deutsche Wiedervereinigung zu nutzen galt, entsprach das schnelle und beherzte Handeln des Hessischen Landtags und der Hessischen Landesregierung. Innerhalb kurzer Zeit wurde eine Thüringenhilfe auf die Beine gestellt, die uns enorm vorangebracht hat. Bei dem hessischen Hilfsprogramm ging es nicht bloß darum, eine neue Form der Verwaltung aufzubauen, das Wirtschaftssystem anders zu organisieren und die Medizin- und Verkehrsinfrastruktur auf Westniveau anzuheben. Der Kern des Aktionsprogramms Hessen-Thüringen bestand vielmehr darin, in einem extrem kurzen Zeitraum Spielräume zu schaffen, in denen 40 Jahre SED-Diktatur aufgearbeitet und demokratische und rechtsstaatliche Entwicklungen nachgeholt werden konnten. Ohne diese Hilfe und Unterstützung wäre die Herausbildung einer politischen Kultur, die sich freiheitlichen und demokratischen und rechtsstaatlichen Grundsätzen verpflichtet fühlt, nicht so rasch möglich gewesen.

Das Aktionsprogramm Hessen-Thüringen nur als Ausdruck einer großen Hilfsbereitschaft in historischer Stunde zu verstehen, greift viel zu kurz. Vielmehr führt es uns zugleich die Stärken des föderalen Systems Deutschlands ganz deutlich vor Augen: die Solidarität und Verbundenheit der Bundesländer untereinander, die Flexibilität und Handlungsstärke, die aus der Eigenständigkeit der Länder resultiert.

Thüringen ist bis heute dankbar für diese erste Hilfe, die das Land Hessen in einer ebenso schwierigen wie verheißungsvollen Situation geleistet hat. Ich bin wie Herr Kartmann der Auffassung, dass dieser besondere Beitrag Hessens zur Wiedervereinigung Deutschlands wert ist, in das kollektive Gedächtnis der Bundesrepublik Deutschland einzugehen.

Deshalb begrüße ich dieses Symposium ganz außerordentlich und bin froh und dankbar, dass Sie alle gekommen sind, um sich dieser Stunden zu erinnern. Denn das Land Hessen hat aus großem Verantwortungsbewusstsein heraus gehandelt und dabei bewusst mögliche Verzögerungen für die eigene Landesentwicklung in Kauf genommen. Ohne die großzügige Starthilfe aus Hessen wäre die Lage in Thüringen heute nicht so gut, wie sie im Vergleich zu anderen neuen Ländern ist. Daneben hat das Land Hessen beim Aufbau einer funktionierenden, dem Rechtsstaat und dem Grundgesetz verpflichteten Verwaltung und

Justiz wertvolle, vor allem personelle Hilfe geleistet. Wir können heute sehr viele dieser Personen begrüßen.

Den vielen hessischen Helfern, die den Aufbau der Landesverwaltung in Thüringen geleistet haben – 1992/93 sollen es 1.000 Bedienstete gewesen sein –, gilt unser herzlicher Dank. Die Hilfe Hessens hat entscheidend dazu beigetragen, dass der Freistaat Thüringen ab 1997 in der Lage war, seine Aufgaben in allen Bereichen der Landesverwaltung aus eigener administrativer Kraft selbstständig zu erfüllen.

Im Namen des Thüringer Landtags und seiner Abgeordneten möchte ich allen danken, die vor 20 Jahren an dem Aktionsprogramm Hessen-Thüringen mitgewirkt haben. An erster Stelle danke ich natürlich dem damaligen Ministerpräsidenten Walter Wallmann, seinem Kabinett und allen Abgeordneten des Hessischen Landtags, in deren Händen für eine gewisse Zeit nicht nur das Wohl des eigenen Landes, sondern auch das seines östlichen Nachbarn lag. Ich bin außerordentlich dankbar, dass die Patenschaft, die das Land Hessen noch zu DDR-Zeiten für Thüringen übernommen hat, zu einer echten und gleichberechtigten Partnerschaft reifen konnte.

Heute verbindet uns eine Partnerschaft, die durch vielfältige Staatsverträge, Verwaltungsabkommen, gemeinsame Projekte und Kooperationen ihre Stabilität dokumentiert. Ich wünsche dieser Partnerschaft weiterhin ein gutes Gedeihen und verbinde diese Wünsche mit meinem Dank für Ihre Unterstützung.

Ich wünsche mir, dass viel mehr solcher Symposien stattfinden, denn die erschreckende Lücke, die wir beim Wissen feststellen konnten, das unsere Kinder über die Zeit der ehemaligen DDR und über die Zeit des Wiederaufbaus haben, muss gefüllt werden. Eine Veranstaltung wie die heutige ist ein wichtiger und wesentlicher Beitrag dazu. Ich wünsche dieser Veranstaltung einen sehr guten Verlauf und bitte um Entschuldigung, dass ich Sie relativ schnell verlassen muss. Aber Sie kennen die besondere momentane Lage in Thüringen, die meine Anwesenheit zu Hause erfordert. – Vielen Dank.

Norbert Kartmann

Präsident des Hessischen Landtags:

Sehr geehrte Frau Prof. Schipanski, herzlichen Dank, dass Sie gekommen sind, um dieses Grußwort zu halten. Für uns ist wirklich wichtig, das aus Ihrer Perspektive zu hören. Ich wünsche Ihnen eine gute Zeit in den nächsten Jahren. Ich hoffe weiterhin auf viele Begegnungen. Ich weiß, wie es ist, wenn man nicht genau weiß, wie es am Ende ausgeht. Das haben wir hier in Hessen auch einmal gehabt.

Aber wir wollen nicht über uns beide reden, sondern über das, was wir herausgegeben haben, nämlich über das Buch von Frau Brandes „Hessen und Thüringen – Wege zur Partnerschaft. Das Aktionsprogramm 1989 bis 1994“. Ich gebe dir jetzt das Erstexemplar, liebe Dagmar. Dann hast du etwas Lektüre auf der Reise. So kann dich niemand anrufen und fragen, wie es weitergehen soll. – Danke schön.

(Beifall – Präsident Norbert Kartmann übergibt ein Exemplar des Buches an Präsidentin Prof. Dr. Dagmar Schipanski.)

Vortrag

Prof. Dr. Andreas Rödder

Johannes Gutenberg-Universität Mainz

„Der Weltprozeß gerät plötzlich in furchtbare Schnelligkeit; Entwicklungen, die sonst Jahrhunderte brauchen, scheinen in Monaten und Wochen wie flüchtige Phantome vorüberzugehen und damit erledigt zu sein.“

So hatte der Schweizer Historiker Jacob Burckhardt im 19. Jahrhundert die geschichtlichen Krisen beschrieben – Welch treffende Beschreibung für das, was 1989/90 geschah. Der Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums, das Ende des SED-Regimes und der DDR sowie schließlich die deutsche Wiedervereinigung beendeten innerhalb von wenigen Monaten eine Epoche, die Europa und die Welt nach den verheerenden Kriegen und Krisen der ersten Jahrhunderthälfte im eisernen Griff des Ost-West-Konflikts gehalten hatte.

War das, was 1989/90 in Deutschland geschah, eine Revolution? Wie überhaupt soll man es nennen? „Revolution“ hat Frau Schipanski gerade gesagt. Andere sprechen von „Wende“, wieder andere von „Implosion“ oder „Zusammenbruch“ der DDR. Hinter den Begriffen stehen Deutungsansprüche, die sich zugleich mit politischen Machtfragen verbinden. Deshalb ist es nicht nur von einem akademischen Interesse, bei den Begriffen sehr genau hinzuschauen.

Von einer Wende sprach zuerst Egon Krenz, Erich Honeckers Nachfolger im SED-Staat. Nur ist der Begriff von der Wende, wie ich meine, doch allzu schwach für das, was in der DDR geschah. Genau diese grundlegende Umwälzung in der DDR sollte Krenz' Begriff von der Wende ja gerade verschleiern. Begriffe wie „Zusammenbruch der SED-Herrschaft“ und „Implosion der DDR“ bringen zwar zum Ausdruck, dass die DDR von innen heraus morsch geworden war. Aber sie unterschätzen doch den Anteil der Bürgerbewegung. Erst die Bürgerbewegung nämlich brachte das Regime zum Einsturz, das nicht von sich aus zusammenbrach.

Aber war es auch eine Revolution? Viele zögern bei diesem Begriff, weil der Umsturz nicht mit Gewalt erzwungen wurde, wie es in den meisten anderen Revolutionen der Geschichte der Fall war, der Fran-

zösischen etwa oder der Russischen Revolution. Diese historischen Vorbilder sind aber keine zwingende Voraussetzung für den Begriff. Vielmehr definieren wir eine Revolution mit gutem Grund darüber, dass sie zu einer grundlegenden Veränderung der bestehenden politischen und gesellschaftlichen Ordnung führt. Eine Umwälzung von Verfassung, politischem System und gesellschaftlichen Strukturen fand 1989/90 zweifellos statt – sehr viel mehr als im Falle der Ereignisse von 1848 oder 1918, die wir umstandslos als Revolution bezeichnen. Gewalt hingegen ist nicht zwingend Bestandteil des Revolutionsbegriffs. Daher ist eine friedliche Revolution kein Widerspruch in sich, sondern eine historische Möglichkeit.

Nun schreiben manche die Friedliche Revolution mit großem F – mit einer bestimmten Absicht. Die Friedliche Revolution mit dem großen F stellt ganz den Anteil der Bürgerbewegung in den Mittelpunkt. Damit tut sie genau das Gegenteil von dem, was die Rede vom Zusammenbruch tut. Ihrerseits blendet damit die Friedliche Revolution mit dem großen F wesentliche ursächliche Faktoren aus, auf die ich gleich zu sprechen kommen möchte.

Wenn wir auf die Ereignisse von 1989 und 1990 schauen, so ist das historisch Besondere letztlich doch dieses: Unter bestimmten äußeren Umständen brachte die Bürgerbewegung das SED-Regime in der DDR zum Einsturz. Dieser Umsturz radikalisierte sich dann aber nicht, wie im Falle der Französischen oder Russischen Revolution oder vieler anderer Revolutionen. Er ging stattdessen in die geregelten Bahnen über, die schließlich in der deutschen Wiedervereinigung mündeten. Die Wiedervereinigung ist also Teil dieses Prozesses der grundlegenden Umwälzung, sprich: der Revolution, die ich daher eigentlich die Deutsche Revolution von 1989/90 nennen möchte.

Am Anfang der Deutschen Revolution aber waren nicht die Deutschen. Am Anfang war Gorbatschow; freilich in einem etwas anderen Sinne, als wir uns angewöhnt haben – ich meine: etwas zu harmonisierend –, in Deutschland über Gorbatschow zu denken. Gorbatschow war Kommunist, Idealist und Optimist. Nur so jemand konnte, nachdem er 1985 zum mächtigsten Mann der östlichen Welt aufgestiegen war, einen Reformprozess in Gang setzen, der den Kommunismus retten und verbessern sollte.

Bald allerdings verselbstständigten sich die Reformen, und Gorbatschow, der Zauberlehrling, wurde die Geister, die er gerufen hatte, nicht

mehr los. Statt den sowjetischen Kommunismus zu retten, löste Gorbatschows Reformpolitik wider Willen seinen Zusammenbruch aus. Wider Willen machte sie die Deutsche Revolution erst möglich, weil Gorbatschow in dem Moment, als das sowjetische Imperium zusammenbrach, auf den Einsatz des letzten Mittels verzichtete, um die sowjetische Herrschaft doch noch zu retten: auf den Einsatz von Gewalt.

Für die SED hatte das tödliche Folgen. So hatte Leonid Breschnew im Juli 1970 zu Erich Honecker gesagt: Erich, ich sage dir offen, vergesse das nie: Die DDR kann ohne uns, ohne die SU, ihre Macht und Stärke, nicht existieren. Ohne uns gibt es keine DDR.

In der Tat, ohne Unterstützung aus Moskau war die überalterte Führung des SED-Staates in frappierendem Maße hilflos. So erinnerte Erich Honecker noch im Sommer 1989 an die alte Erkenntnis der deutschen Arbeiterbewegung – ich zitiere Honecker –: „Den Sozialismus in seinem Lauf hält weder Ochs noch Esel auf.“

Das Politbüro debattierte über die Versorgung mit Dachpappe, Gewürzen und Büstenhaltern. Als sich die Krise mit dem Flüchtlingsstrom über Ungarn aufbaute, brachte Günter Mittag die vorherrschende Haltung auf den Punkt. Er sagte am 29. August im Politbüro: „Ich möchte auch manchmal den Fernseher zerschlagen, aber das nützt ja nichts.“

Das waren die Voraussetzungen für die Deutsche Revolution, aber damit war sie eben noch nicht geschehen. Dafür brauchte es das Zutun der Bürgerbewegung in der DDR, jener Verbindung, die sich im Herbst 1989 für wenige, aber entscheidende Wochen zusammenfand. In der Bürgerbewegung der DDR flossen, etwas vereinfacht gesagt, zwei unterschiedliche Strömungen zusammen. Eine der beiden war die Oppositionsbewegung im engeren Sinne. Sie hatte bis 1989 in der DDR unter den Augen der Staatssicherheit und dem Griff der Staatsgewalt eine Existenz am Rande der Gesellschaft geführt. Dieser Staatsgewalt blies am Ende der Achtzigerjahre allerdings der frische Wind aus Moskau ins Gesicht, den die Opposition als Morgenluft witterte. Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen, hatte die SED stets propagiert. In den Jahren der Perestroika allerdings kehrte sich die orthodoxe Parole mit einem Male gegen die Staatspartei der DDR.

Die SED unterdessen heischte nach Bestätigung. Sie suchte sie in den Kommunalwahlen vom 7. Mai 1989 und beförderte ihren eigenen Untergang um einige wesentliche Schritte. Wie eh und je waren die

Ergebnisse gefälscht worden. Am Wahltag aber zogen erstmals auf breiter Front oppositionelle Wahlbeobachter auf. Als die veröffentlichten Ergebnisse offenkundig dem widersprachen, was sie im Wahlbüro beobachtet hatten, erstatteten sie Anzeige. Die Reaktion der Staatsmacht war altbekannt. So hieß es in einer Anordnung des Ministeriums für Staatssicherheit:

Anzeigen [...] sind ohne Kommentar entgegenzunehmen. Nach Ablauf der vorgesehenen Fristen [...] ist von dem jeweils zuständigen Organ zu antworten, dass keine Anhaltspunkte für den Verdacht einer Straftat vorliegen. [...] Beschwerden gegen die getroffenen Entscheidungen sind abschlägig zu entscheiden.

So hatte es die Staatsmacht immer gehalten. Neu hingegen war, dass es damit nun nicht mehr getan war. Die Kommunalwahlen vom 7. Mai waren die Initialzündung dafür, dass sich die Opposition in der DDR neu und breiter als zuvor formierte.

Zunächst jedoch kam die Entwicklung im wörtlichen Sinne auf anderen Wegen in Gang: über die massenhafte Ausreisebewegung. Im Frühjahr 1989 hatte sich an der ungarisch-österreichischen Grenze Eigenartiges zugetragen. Im Mai hatten die Ungarn begonnen, die Grenzsperrn nach Westen abzubauen – zunächst aus wirtschaftlichen Gründen, weil die veraltete Signalanlage das verschuldete Land schlicht und einfach zu teuer kam. Bald hatte das aber enorme politische Folgen. Als der österreichische Außenminister Mock und sein ungarischer Kollege Horn am 27. Juni in einem höchst symbolischen Akt – die Grenzsperranlagen waren zu diesem Zeitpunkt bereits fast vollständig abgebaut – vor den Kameras der Weltöffentlichkeit den Draht des Eisernen Vorhangs zerschnitten, war es also weniger das konkrete Durchschneiden des Zauns, als vielmehr der Eindruck der Weltöffentlichkeit. Es waren die Bilder, die das westdeutsche Fernsehen in die DDR übertrug, dass sich in Ungarn, im Urlaubsland der Ostdeutschen schlechthin, etwas tat.

Als Anfang Juli die Sommerferien begannen, kamen sie zu Zehntausenden. Ende August war klar, dass Tausende DDR-Bürger nicht in die DDR zurückkehren würden. Die Führung der DDR stellte sich unterdessen stur und reagierte mit orthodoxen Reflexen. Mehr noch als auf Ungarn richtete sich die Wut dabei auf den Westen. Es war kein anderer als der Berliner Bezirkschef Günter Schabowski, der im Politbüro schäumte – ich zitiere –:

Der Gegner hat doch ein großes Konzept. Er will bei uns alles zerschlagen. Sie wollen doch, dass wir den harten Rundumschlag führen. [...] Wir müssen den Feind angreifen, das ist der Imperialismus der BRD. Das sind die eigentlichen Schuldigen.

Da sich die DDR-Führung vor diesem Hintergrund nicht bereitfand, an einer konstruktiven Lösung des Problems mitzuwirken, öffnete Ungarn am 11. September 1989 – genau heute vor einer Woche vor 20 Jahren –, sozusagen am deutschen 11. September, seine Grenzen nach Österreich. Bis Ende September siedelten 30.000 Ostdeutsche via Ungarn in die Bundesrepublik über. Damit kam die Ausreisewelle machtvoll in Gang. Für die DDR war die Flüchtlingskrise die erste Etappe ihres Untergangs im Herbst 1989. Nachdem die Budapester Regierung die Grenzen nach Österreich geöffnet hatte, erteilte die DDR keine Reisegenehmigungen nach Ungarn mehr. Dadurch aber verlagerte sich die Ausreisewelle nach Prag und nach Warschau, wo sich bis Ende September Tausende in die westdeutschen Botschaften flüchteten.

Nun reagierte Ostberlin anders, denn die SED-Führung suchte Ruhe für die bevorstehenden 40-Jahr-Feiern der Republik, auf die sich im Sommer die gesamte Aufmerksamkeit der SED-Führung richtete und die sie nicht von den Bildern ostdeutscher Flüchtlinge in westdeutschen Botschaften überschatten lassen wollte. So willigte Ostberlin Anfang Oktober ein, dass die Botschaftsflüchtlinge in die Bundesrepublik ausreisen durften.

Allerdings war die Bedingung, dass die Züge über das Gebiet der DDR fahren mussten. Die SED-Führung wollte damit Souveränität demonstrieren und holte sich die Flüchtlingswelle zurück ins Land. Denn Tausende versuchten, auf die Züge aufzuspringen. In Dresden kam es Anfang Oktober zu gewalttätigen Ausschreitungen. Die Krise schwappte in die DDR zurück. Dort hieß es unterdessen nicht mehr nur „Wir wollen raus!“, sondern zugleich auch: „Wir bleiben hier!“ Mit einem Male klang das wie eine Drohung. Die Flüchtlingskrise ging in eine Systemkrise über.

Im Gefolge der Flüchtlingskrise begann im Spätsommer 1989 die zweite Strömung der Bürgerbewegung anzuschwellen, die zu nennen ich Ihnen noch schuldig geblieben bin, nachdem ich vorhin die erste genannt hatte, die Oppositionsbewegung im klassischen Sinne. Hinzu kam im Gefolge der Flüchtlingsbewegung die Massenbewegung von Ostdeutschen, die mit einem Mal Mut gegen die Obrigkeit fassten, die sie

jahrzehntelang bevormundet und entmündigt hatte. In einer plötzlichen Welle der Solidarisierung und der Politisierung breiter Teile der Bevölkerung – Frau Schipanski hat das vorhin angesprochen – wurde die Sehnsucht nach Freiheit stärker als die Erfahrung der Angst und die Gewohnheit der Resignation. „Wir sind das Volk!“, mit dieser Losung formulierte die Bürgerbewegung gegen die sozialistischen Machthaber und ihren Anspruch, die Partei habe immer recht, eine Forderung, die tief in der Geschichte der bürgerlichen Moderne seit dem 19. Jahrhundert eingelagert war. Es war die Forderung der Volkssouveränität. Es war gerade der Anspruch der Bürger gegenüber den Herrschenden gewesen, das Volk zu sein, mit dem die bürgerlich-liberale Bewegung seit der Aufklärung ihr Begehren nach Mitsprache und Machtteilhabe begründet hatte.

Eine weitere zentrale Parole war: „Keine Gewalt“. Betende und friedliche Menschen mit Kerzen – bald auch mit Humor und Ironie – liefen ganz den Erwartungen und Verhaltensweisen, den Feindbildern und den Sprachmustern der staatlichen Führung und der Sicherheitskräfte zuwider. Dass sich die Bürgerbewegung anders verhielt, als die Staatspartei es vom Klassenfeind erwartet hatte, machte die Führung umso hilfloser.

Zum Schicksalstag der Deutschen Revolution – für die Bürgerbewegung ebenso wie für die SED – wurde dann der 9. Oktober in Leipzig. So wie in den Tagen zuvor in Dresden und in Ostberlin, waren die staatlichen Einsatzkräfte auch an diesem Montag entschlossen, die Demonstration auseinanderzutreiben, die sich in Leipzig nach dem Friedensgebet am Montagnachmittag formierte.

Jedoch schreckten die Sicherheitskräfte im entscheidenden Moment allerdings vor dem scharfen Gebrauch der Schusswaffe zurück. So konnte das Mirakel von Leipzig geschehen. Weil schlicht und einfach zu viele Demonstranten auf die Leipziger Straßen gingen – 70.000 waren es an der Zahl, mit maximal 30.000 hatten die Sicherheitskräfte gerechnet –, ging die Einsatzleitung um 18:35 Uhr zur Eigensicherung der Einsatzkräfte über, wie es im Bericht der Staatssicherheit hieß. In diesem Moment, um 18:35 Uhr am 9. Oktober 1989, kapitulierte die Staatsmacht vor der Bürgerbewegung.

Nun zerfiel innerhalb von vier Wochen die vorher vermeintlich so allmächtige und in Stein gemeißelte Staats- und Parteiführung der DDR. Nach 18 Jahren an der Spitze von Staat und Partei wurde Erich Honecker am 18. Oktober gestürzt. Noch Anfang Oktober im Rahmen der

40-Jahr-Feiern der DDR, als Gorbatschow, der prominente Gast, Reformen anmahnte, war dem greisen und kranken Generalsekretär nichts anderes eingefallen als „Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“

Der Königsmörder, Kronprinz und Thronfolger, Egon Krenz, rief nun die Wende aus. Was er damit beabsichtigte, war nichts anderes, als das Heft wieder in die Hand der SED zu bekommen. Dafür war es freilich zu spät. In der Staatspartei brach Konfusion, ja Panik aus. Sie hatte die Initiative bereits an die Bürgerbewegung auf den ostdeutschen Straßen verloren. Die Bürgerbewegung erlebte ihre vier halkyonischen Wochen. Am 4. November erreichte sie mit der größten Demonstration in der Geschichte der DDR auf dem Ostberliner Alexanderplatz ihren Höhepunkt.

Zugleich war es ihr Wendepunkt. Denn fünf Tage später kam einmal mehr alles ganz anders als gedacht. Fünf Tage später fiel die Berliner Mauer, öffnete sich die innerdeutsche Grenze. In diesem Moment standen die Tore nach Westen offen, und die nationale Frage, die Frage der deutschen Wiedervereinigung, stand im Raum. Während die meisten, jedenfalls die vernehmbaren Vertreter der Oppositionsbewegung, eine sozialistische Alternative zur Bundesrepublik suchten, skandierten die Anhänger der Massenbewegung überwiegend „Wir sind ein Volk!“ und „Deutschland, einig Vaterland!“

Über die Frage der deutschen Wiedervereinigung und über die Frage der deutschen Einheit zerbrach die Einheit der Bürgerbewegung. Am 4. Dezember bereits beschimpften sich in Leipzig Vereinigungsbefürworter und Vereinigungsgegner in der DDR gegenseitig als Rote bzw. als Nazis. Die Systemkrise der DDR war in eine Staatskrise umgeschlagen.

An genau diesem Punkt kamen Bonn und Helmut Kohl ins Spiel. Kohl hatte zunächst gezögert, die nationale Karte zu ziehen – aus Sorge vor innerer Destabilisierung und vor internationalem Aufruhr. Der deutschlandpolitische Ernstfall traf auch die westdeutsche Regierung völlig unvorbereitet. Auf Wiedervereinigungspolitik umzuschwenken bedeutete, ins Dunkle zu springen. Als sich die öffentlichen Diskussionen allerdings nach dem Mauerfall aufzuschaukeln begannen, landete Kohl seinen ersten Coup. Am 28. November verkündete er im Deutschen Bundestag das berühmte 10-Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas.

In der Sache war nichts von dem, was Kohl an diesem Vormittag im Bundestag sagte, neu oder sensationell, und alles war nach allen Seiten hin abgesichert. Im Herbst 1989 aber gewannen alte Sprachformeln neues Leben und neue Bedeutung. Nicht das „Was“ war entscheidend, sondern das „Dass“. Nun stand die deutsche Einheit nicht nur im Raum, sondern auch auf der politischen Tagesordnung. Das alles zusammen war die nationale Wende der Deutschen Revolution. Statt sich zu radikalisieren wie viele andere Revolutionen, ging sie – ich habe es vorhin gesagt – in die geregelteren Bahnen der Wiedervereinigung über.

Die Wochen und die Jahreswende 1989/90 waren die Scharnierzeit zwischen beiden Phasen. Während die Bürgerbewegung in der kollabierenden DDR an Kraft verlor und die Oppositionsbewegung mit ihren Vorstellungen einer reformierten eigenständigen DDR auf ein totes Gleis fuhr, übernahm die Bonner Regierung innerhalb von wenigen Wochen das deutsch-deutsche Kommando. Um die Jahreswende 1989/90 näherte sich die DDR dem inneren Kollaps. 344.000 Menschen hatten die DDR 1989 verlassen; zu Beginn des neuen Jahres waren es täglich 2.000, vor allem jüngere, gut ausgebildete und leistungsfähige Menschen. Die DDR drohte, im wörtlichen Sinne auszubluten.

Die Regierung Modrow, die im November 1989 als letzte Hoffnung der SED eingesetzt worden war, bekam die Situation nicht mehr in den Griff. Am 29. Januar musste der Ministerpräsident vor der Volkskammer einen Offenbarungseid über die ökonomische Lage leisten, die sich besorgniserregend verschlechterte. „Es kracht schon im Februar“, titelte der „Spiegel“. Die ostdeutsche Wirtschaft, so der „Spiegel“, stehe vor dem totalen Zusammenbruch.

Vor diesem Hintergrund traf die Regierung Kohl die Grundsatzentscheidung, zu einer Politik der großen Schritte überzugehen. Am 7. Februar landete Kohl nach dem 10-Punkte-Plan seinen zweiten vereinigungspolitischen Coup. Die Bundesregierung bot der DDR eine Wirtschafts- und Währungsunion an, sprich: die D-Mark. Die Bundesregierung hatte sich mit diesem Schritt auf einen direkten stufenlosen Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft festgelegt. Das Bonner Einheitskonzept zielte auf Wiedervereinigung durch möglichst vollständige Integration der DDR in das bundesdeutsche Modell.

Dies geschah freilich nicht gegen den Willen der Ostdeutschen. Die ersten und letzten freien Wahlen in der Geschichte der DDR erbrachten am 18. März 1990 eine überwältigende Zustimmung zu Kohls Politik,

während die Oppositionsbewegung nur noch einen geringen Prozentsatz der Stimmen auf sich vereinigen konnte. Mit den Volkskammerwahlen waren die Weichen für die schnelle deutsche Einheit durch den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik nach Art. 23 des Grundgesetzes gestellt.

Binnen kürzester Zeit waren nun höchst grundlegende und umfangreiche Angelegenheiten zu regeln, um eine gesamte Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung umzuwandeln. Dabei wurde – das hat man im Westen allzu gerne und allzu sehr übersehen – den Ostdeutschen ein doppelter Sprung abverlangt: erstens der Sprung aus einer Planwirtschaft, in der die Zeit stillgestanden hatte, in die postmodern pluralisierte Marktwirtschaft und zweitens der Sprung in das nochmals beschleunigte Zeitalter der herausziehenden Globalisierung.

Eine jener vielen grundsätzlichen Fragen, die mit der Wiedervereinigung binnen kürzester Zeit zu klären waren, war die Frage nach der künftigen territorialen Gliederung der vergehenden DDR in einem vereinten Deutschland. Die DDR hatte 1952 die Länder wieder aufgelöst, die erst 1946 eingerichtet worden waren, und sie hatte die Länder durch 15 Bezirke ersetzt, die allerdings ganz dem sogenannten demokratischen Zentralismus unterlagen. Dem gegenüber hatte zwar auch in Westdeutschland die Bundesebene immer weiter an Bedeutung gewonnen, doch spielte der Föderalismus der Länder eine ungleich größere Rolle.

So lag es einerseits in der Logik der Einheit durch Beitritt und durch Integration der DDR in das bundesdeutsche Modell, dass auch das Gebiet der ehemaligen DDR im vereinten Deutschland föderativ in Form von Bundesländern organisiert wurde. Es entsprach andererseits aber auch dem, was man auf Demonstrationen der Bürgerbewegung und dem Volkskammerwahlkampf sehen konnte, dass die Ostdeutschen nämlich mehr und mehr die alten Landesfarben zeigten, vor allem den thüringischen weißen Bären auf rotem Schild und die grün-weißen Farben Sachsens.

Die Parteien und Verbände gründeten schon Anfang 1990 Landesverbände, bevor es überhaupt Länder gab. Da die Länder noch nicht existierten, musste der Bundesstaat im Gegensatz zur Gründung der Bundesrepublik auf zentraler Ebene ohne Beteiligung seiner Glieder geschaffen werden. Die Regierung de Maizière gründete dafür ein eige-

nes Ministerium. Verschiedene Modelle wurden diskutiert, die von einer Zwei- bis zu einer Sieben-Länder-Einteilung reichten.

Schließlich verfügte das Ländereinführungsgesetz, das die Volkammer am 22. Juli 1990 verabschiedete, ganz pragmatisch die Bildung von fünf Ländern. Sie gingen aus zusammengelegten Bezirken hervor, die auch die Infrastruktur prägten, und sie folgten weitgehend den alten Ländergrenzen. Alle neuen Länder waren im Vergleich zu den westdeutschen Ländern klein. Nur Sachsen hatte eine höhere Einwohnerzahl als Rheinland-Pfalz, das sechstgrößte westliche Bundesland. Alle anderen zählten mit Ausnahme von Berlin weniger Einwohner als Schleswig-Holstein, das nach dem Saarland einwohnerschwächste westdeutsche Flächenland.

Ein Problem lag dabei von vorneherein in der sehr unterschiedlichen wirtschaftlichen Leistungskraft der neuen Länder und ebenso in dem Umstand, dass sie unter dem Gesichtspunkt administrativer Effizienz nicht die erforderliche Mindestgröße erreichten. Dass zugleich auch Vorschläge nicht zum Tragen kamen, die Wiedervereinigung für eine Reform der Ländergliederung in ganz Deutschland zu nutzen, zeugt von einem weiteren Umstand, den Beharrungskräften der alten Bundesrepublik, die erst sehr langsam gewahr wurde, dass die Wiedervereinigung nicht nur die Ostdeutschen betraf, sondern auch den Westen verändern würde.

Zugleich stellten die neuen Länder ein seltenes Beispiel von föderalem Nation Building dar. Thüringen mit seiner langen Geschichte der dynastisch-territorialen Zersplitterung wurde aus den Bezirken – das brauche ich hier kaum zu sagen – Erfurt, Gera und Suhl sowie aus drei Kreisen der Bezirke Leipzig und Halle gebildet. Anfang 1991 wurde Erfurt zur Hauptstadt bestimmt. Im Oktober 1993 wurde auf der Wartburg, einem alten deutschen Ort, die Landesverfassung des Freistaates Thüringen verabschiedet, wie sich das Land mit einem gewissen Stolz nannte.

Schon im Frühjahr 1990 war vereinbart worden, dass die Westländer Partnerschaften mit den entstehenden neuen Ländern eingehen sollten. Zuständigkeit für Thüringen übernahmen Hessen und Rheinland-Pfalz sowie Bayern. Auf diese Weise konnten die neuen Länder die nötige unverzichtbare Expertise importieren, die vor Ort nicht vorhanden sein konnte: vom Beamtenaustausch und sogenannten Wissenstransfer über die Ausstattung mit Feuerwehrautos bis zum hessischen Dächer-

programm für die Rettung der Altstädte Thüringens oder bis zur Hessenhilfe für Existenzgründer.

Zugleich aber stärkte die intensive Zusammenarbeit auf den verschiedensten Ebenen die Eigenständigkeit und Selbstbestimmung der neuen Länder nicht immer. In diesem Fall überwogen unter dem Strich natürlich die Vorteile. Aber der Umstand verweist auch auf einen größeren Zusammenhang. Immer wieder nämlich blieb im Zusammenhang der deutschen Einheit nur die Wahl zwischen zwei nachteiligen Lösungen.

Den Deutschen sollte klarer sein, als es ist, dass ein solcher Umbruch wie die Deutsche Revolution von 1989/90 gar nicht ohne Dilemmata um grundlegende Probleme vonstattengehen konnte. Die Herstellung der deutschen Einheit war, so wie sie geschehen ist, natürlich nicht alternativlos, wie nichts in der Geschichte alternativlos ist. Aber wie eine funktionierende, bessere Alternative hätte aussehen können – ich habe, als ich mein Buch über die Wiedervereinigung geschrieben habe, immer wieder danach gesucht –, hat weder damals noch heute wirklich jemand sagen können.

Den Beitritt zur Bundesrepublik vollzog schließlich – rechtlich gesehen – gar nicht mehr die DDR. Denn die DDR wurde am 3. Oktober 1990, Schlag 0:00 Uhr, in einer sogenannten juristischen Sekunde von den neu gebildeten Ländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen abgelöst, die in diesem Moment zwar juristisch existierten, aber noch gar nicht handlungsfähig waren, als sie nichtsdestoweniger gemeinsam mit Ostberlin dem Geltungsbereich des Grundgesetzes beitraten.

Mit dem Einigungsvertrag am 31. August 1990 und dem Zwei-plus-Vier-Vertrag vom 14. September 1990 war die deutsche Frage, die Deutschland und Europa seit dem 19. Jahrhundert in Atem gehalten hatte, am 3. Oktober 1990 nach innen und nach außen staatsrechtlich ebenso wie völkerrechtlich gelöst. Nun ging es an die innere Einheit, eine Aufgabe, die uns Deutsche bis heute beschäftigt: materiell – und vielleicht mehr noch geistig. Wollen wir hoffen und wollen wir es dem Land wünschen, dass die 20-Jahr-Feiern, die nun beginnen und die noch vor uns liegen, dazu beitragen. – Vielen Dank.

Erinnerungen an Hessens Beitrag zur Wieder- ersterung des Freistaats Thüringen

Norbert Kartmann

Präsident des Hessischen Landtags

Meine Damen und Herren, das war der Weg. Nun kommen wir zu den Dingen, die daraus erwachsen. Ich hatte vorhin die Presse erwähnt, die uns in diesen Zeiten begleitet und uns immer am Ort des Geschehens gehalten hat.

Der Hessische Landtag ist besonders intensiv mit der Presse verbunden. Bei uns sind 60 Journalisten akkreditiert, und in unserem Haus gibt es ein Studio des Hessischen Rundfunks. Nicht jeder Landtag hat das. Einer, der hier Studioleiter war und mit Sicherheit viele Erinnerungen an die damalige Zeit hat, ist Manfred Krupp, der heutige Fernsehdirektor des Hessischen Rundfunks. Ihn begrüße ich jetzt ganz besonders herzlich, bedanke mich, dass er die Moderation übernimmt, und überlasse alles andere ihm. Herr Krupp, bitte schön.

Manfred Krupp

Hessischer Rundfunk

Herzlichen Dank. – Ich war damals 33 Jahre alt, was mir erst heute wieder bewusst geworden ist, als ich die Gesichter meiner vier Mitstreiter auf diesem Podium sah, die damals nur unwesentlich jünger waren bzw. inzwischen nur unwesentlich älter geworden sind, die seitdem aber eine ganze Geschichte verbindet. Als ich in diesen Kreis schaute, habe ich ganz viele Gesichter von Leuten gesehen, die damals in Wiesbaden eine wichtige Rolle gespielt haben. Ich habe sie bis zum November in meinem ersten Jahr eigentlich täglich in Wiesbaden gesehen.

Danach entstand eine für Journalisten ganz schwierige Zeit. Die Politiker waren nämlich nicht da. Wir sollten aus Wiesbaden berichten, während die Politiker in Thüringen waren. In manchen Wochen hat man in Wiesbaden kaum einen Abgeordneten getroffen. Was haben wir gemacht? Wir sind auch nach Thüringen gegangen. Daher glaube ich, dass diese Runde eine ganz besondere Erinnerung verbindet.

Ich darf nun meine Gesprächspartner zu mir nach vorne bitten: den jetzigen Bundesverteidigungsminister und damaligen CDU-Generalsekretär, Dr. Franz Josef Jung, den damaligen stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden, bildungspolitischen Sprecher der SPD und späteren Kultusminister, Hartmut Holzapfel, den stellvertretenden Ministerpräsidenten und Wissenschaftsminister, Dr. Wolfgang Gerhard – heute ist er FDP-Bundestagsabgeordneter und Vorsitzender des Vorstands der Friedrich-Naumann-Stiftung –, und den damaligen bildungspolitischen Sprecher, Landtagsabgeordneten und späteren Fraktionsvorsitzenden der GRÜNEN, Fritz Hertle.

Lassen Sie mich die Überschrift unseres Gespräches aufgreifen: „Erinnerungen“. Ich erinnere mich sehr gut an einen bestimmten Tag, an dem ich in Wiesbaden in meinem Büro saß und glaubte, die Wirklichkeit nicht mehr fassen zu können. Das war der 9. November. Deswegen möchte ich Sie zunächst in der ersten Runde fragen: Welche Erinnerung löst es bei Ihnen aus, an diesen Tag zurückzudenken?

Dr. Franz Josef Jung

MdB, Bundesminister

An diesem 9. November bin ich morgens mit einer Delegation – begleitet auch von Mitarbeitern des Hessischen Rundfunks – nach Ostberlin gefahren, um mich dort mit den Reformern zu treffen, die den Brief aus Weimar geschrieben hatten. Das war heute genau vor 20 Jahren. Am 18. September ist der Brief aus Weimar veröffentlicht worden. Ich weiß es noch wie heute: Ich war wie elektrisiert, als auf der „FAZ“-Seite vorne diese kleine Meldung stand, dass es endlich – aus meiner Sicht und aus Sicht der CDU – auch Kräfte in der DDR gab, die für Meinungsfreiheit, Reisefreiheit und generell für Freiheit eintreten.

Ich habe damals diese Mitglieder eingeladen. Das waren Herr Kirchner, der damalige Oberkirchenrat, Herr Müller, der spätere Landtagspräsident in Thüringen, und Christine Lieberknecht, die durchaus heute noch wichtige Funktionen in Thüringen hat. Wir haben uns an diesem Tag in Ostberlin verabredet, denn wir konnten uns vorher nicht anderweitig treffen, um über Gemeinsamkeiten und über die Entwicklung zu sprechen.

Ich weiß es noch wie heute: Damals haben Herr Kirchner und Herr Müller gesagt, sie wollten jemanden mitbringen, der neuer Vorsitzender

werden könnte. Denn am 2. November war Gerald Götting, der alte CDU-Vorsitzende, zurückgetreten. Damals habe ich Lothar de Maizière in Ostberlin kennengelernt. Wir waren übrigens im evangelischen Konsistorialpräsidium, dem Herr Stolpe vorstand. Ich weiß noch: Als ich hier wegfuhr, hatten Mitarbeiter etwas Sorge im Hinblick auf die gesamte Entwicklung und die Lage, denn es war durchaus etwas Spannung in der Luft. Ich habe gesagt: Ich bin dort bei der evangelischen Kirche; ihr braucht keine Sorge zu haben. – Wir haben damals über die Fragen, über die gesamte Entwicklung und über die Möglichkeit gesprochen, wie wir gegebenenfalls Unterstützung leisten können.

Ich erinnere mich noch wie heute: Um 16 Uhr sind wir wieder durch die Mauer zurückgefahren. Wir haben darüber diskutiert, wann es vielleicht möglich wäre, dass die Mauer nicht mehr stünde. Aber niemand, der damals dabei war – wenn ich mich richtig erinnere, war auch der Leiter der politischen Bildung Hessens dabei, der heute hier ist –, hat daran gedacht, dass um 19 Uhr die Mauer geöffnet werden würde. Daher war das ein unglaubliches Erlebnis. Ich füge noch hinzu: Ich habe am 12. November miterlebt, wie die Grenzen zwischen Hessen und Thüringen aufgingen. Ich habe diese Begeisterung und Freude gespürt; es läuft mir heute noch kalt den Rücken herunter. Ich muss ganz ehrlich sagen: Das waren unglaublich bewegende Stunden. Dass wir in Hessen diesen Beitrag für die Unterstützung Thüringens auch und gerade im Hinblick auf die Perspektive der Einheit und im Hinblick auf die Gewährleistung von Freiheit leisten konnten, erfüllt mich heute noch mit Freude.

Manfred Krupp

Hessischer Rundfunk

Vielen Dank. – Ich glaube, vor dem geistigen Auge vieler der Anwesenden läuft ein Film ab, wie die Tage damals waren. – Hartmut Holzapfel, was verbindet Sie mit diesem Tag?

Hartmut Holzapfel

ehem. MdL, Staatsminister a. D.

Mich hat der 9. November im Alltag erwischt. Ich hatte vorher viel mit Menschen in der DDR zu tun, die ich in Leipzig kennengelernt hatte. Das hing damit zusammen, dass ich mit der Buchmesse zu tun hatte. Die Buchmesse in Leipzig war ein Ort, an dem es immer Nischen gab,

in denen man diskutieren durfte, in denen man aber immer auch gleichzeitig daran erinnert wurde, wo die Grenzen für eine solche Diskussion lagen. In Leipzig mussten alle während der Messezeiten mangels Hotelkapazitäten Westbesuch haben. Daher war es gleichzeitig ein Ort, an dem es viele Westkontakte gab. Daher hatte ich sie auch. Ich kannte viele, die in Leipzig diskutiert und an den Demonstrationen teilgenommen hatten. All dies hatte mich nicht mit der Vorstellung vertraut gemacht – insofern ging es mir ähnlich wie Herrn Jung –, dass das so schnell zu einem Zusammenbruch der Mauer führen könnte.

Deswegen habe ich an diesen 9. November eine ganz private Erinnerung. Ich war mit Freunden zusammen in Frankfurt. Wir haben damals mit einem Tag Verspätung den Geburtstag eines Freundes gefeiert. Wir saßen beieinander, und irgendjemand rief dann an. Wir hatten keinen Fernseher eingeschaltet; das macht man bei Geburtstagsfeiern nicht.

(Zuruf: Das war ein Fehler!)

– Das war an dem Abend ein Fehler. – Irgendwer rief an, teilte mit, was geschehen war, und fragte, ob wir das schon gehört hätten. Das war das Ende der Geburtstagsfeier, aber natürlich der Beginn einer ganz anderen großen Feier an diesem Abend. Dann lief bei uns wie bei vielen Menschen in beiden, damals noch getrennten Teilen Deutschlands an diesem Abend der Fernseher.

Ich kann mich nur an einen zweiten Abend erinnern, an dem man so nachhaltig vor dem Fernseher saß. Das war ein weniger schöner Anlass, nämlich der 11. September 2001 in New York. Damals saß man in ähnlicher Weise vor dem Fernseher und glaubte nicht richtig, was man dort sah.

Aber an diesem Abend im November 1989 war es natürlich ein gutes und überraschtes Gefühl. Das war etwas, das wir uns nicht vorstellen konnten, und erfreute uns daher umso mehr.

Manfred Krupp

Hessischer Rundfunk

Herr Gerhardt, Sie waren damals stellvertretender Ministerpräsident. Was war das für ein Tag?

Dr. Wolfgang Gerhardt
MdB, Staatsminister a. D.

Ich war in Bonn. Es war ein Vorabend zu einer Bundesratssitzung. Ich habe das alles durch den Fernseher, den ich eingeschaltet hatte, und durch Telefonate mitbekommen. Niemand vergisst, wie sich das entwickelte. Ich vergesse es nicht, weil damals am nächsten Morgen der Bundesrat zusammentrat und wir sagten: Wir können nicht die Sitzung beginnen, als wäre nichts passiert. – Damals reiste auch Walter Momper, der damalige Präsident des Bundesrates, an, der die ganze Nacht in Berlin gewesen war. Der Bundeskanzler hatte auch nicht die Möglichkeit, den Bundestag zusammenzurufen.

Wir waren also das einzige Verfassungsorgan, das tagte. Also bewegte sich Helmut Kohl in den Bundesrat. Dann beschlossen wir, dass wir die Sitzung anders beginnen. Wir haben diese Situation zunächst einmal durch Beiträge der großen politischen Grundrichtungen bearbeitet. Wir haben nicht gesagt, dass Nordrhein-Westfalen, Hessen usw. Stellungnahmen abgeben. Wir haben gesagt: Wir haben in der Bundesrepublik bestimmte politische Grundlinien wie die Sozialdemokraten oder die Christdemokraten. – Ich sprach für die FDP in der Eigenschaft des Hessischen Bevollmächtigten beim Bund.

Wir nahmen uns an diesem Vormittag die Zeit, unsere Bewegtheit mitzuteilen und den Versuch zu unternehmen, das für uns begreifbar zu machen. Das war eine sehr interessante Debatte, denn niemand konnte seine Rede vorbereiten. Es wurde nicht vom Blatt gelesen. Das hätten wir als nicht gut empfunden. Das war aber eine der besten Bundesratsdiskussionen, die ich je erlebt habe. Sie war sogar so gut, dass sich der Präsident spontan entschloss, das einmalig nicht in Form des Bundesratsprotokolls laufen zu lassen, sondern es zu drucken und einfach als Beispiel herauszugeben, wie eine Demokratie in einer solchen Situation reagieren kann, wenn die maßgeblichen demokratischen Kräfte sich ihren Aufgaben bewusst werden. Das entstand an diesem Morgen in diesem kleinen Nukleus.

Was folgte an diesem Tag danach? Für mich gab es kein anderes Reiseziel als Berlin. In Berlin fand die erste Begegnung mit verschiedenen Persönlichkeiten statt. Ich erinnere mich ganz besonders an die Begegnung mit einem, der mit seinen beiden kleinen Kindern aus Thüringen angereist und durch die Mauer gekommen war. Er war in den

Wirren vorher, als noch Unsicherheit bestand, ob die Grenzen geöffnet würden oder nicht, über Nacht geblieben. Das war der spätere Thüringer Umweltminister Hartmut Sieckmann. Seine Frau, die zu Hause geblieben war und durch Telefonanrufe unterrichtet wurde, konnte das Glück, das diese Kinder empfanden, kaum fassen. Sie waren einfach einmal einen Kilometer den Ku'damm hoch- und wieder zurückgegangen. Wir haben sie laufen lassen. Wir haben gesagt: Jetzt setzen wir uns hin, und ihr erzählt, was das für euch bedeutet. – Man kann gar nicht wiedergeben, was das bedeutet hat. Deshalb ist es wichtig, dass solche Veranstaltungen wie die heutige stattfinden und dass man das nicht vergisst.

Manfred Krupp

Hessischer Rundfunk

Ganz herzlichen Dank. – Ich komme nun zu einem Abgeordneten, der insofern regional besonders betroffen war, als Osthessen immer schon Grenzgebiet war. Die Grenzöffnung hat Osthessen und natürlich auch Nordhessen radikal verändert.

Friedrich Karl Hertle

ehem. MdL und Fraktionsvorsitzender

Mein Erlebnistag war der Tag danach. Ich bin nicht nach Berlin gefahren, sondern habe meine ganze Familie in einen Bus gepackt. Wir sind sofort nach Rasdorf, in ein völlig unbekanntes, verschlafenes osthessisches Örtchen gefahren, mit dem sich bei mir keine guten Erinnerungen verbinden. Dort sollte ich nämlich einmal, als ich Plakate für die GRÜNEN klebte, verprügelt werden. Das war eine Weile her.

Es gibt eine weitere Vorgeschichte. Die GRÜNEN als Teil der Friedensbewegung haben es ein einziges Mal gewagt, den neutralen Grenzstreifen zu besetzen, nämlich 1984. Wir haben das nicht getan, um für die deutsche Einheit zu demonstrieren, denn daran haben wir nicht mehr geglaubt, sondern wir wollten auf die Gefahr eines kommenden Nuklearkrieges mit Point Alpha und dem gefährlichsten Punkt Europas hinweisen, der in Rasdorf beheimatet war.

Ich bin also nach Rasdorf gefahren. Dort gab es eine fassungslose Stimmung. Wir standen, haben die Leute begrüßt und ihnen Blumen geschenkt. Wir haben uns umarmt. Es war einfach Wahnsinn. Dann

fuhren wir nach Fulda zurück. In Fulda waren alle Menschen der Stadt auf den Beinen. So etwas habe ich nie mehr erlebt. Das war ein strahlender Tag mit wunderbarer Sonne. Berge von Bananen wurden aufgebaut – hilflos, aber okay.

Obst wurde verschenkt. Es wurde Musik gemacht und getanzt. Die Erlebnisse dort waren für mich einmalig. Wir GRÜNEN hatten schon einige nicht institutionelle Kontakte zur Friedensbewegung in Eisenach und zu evangelischen Pfarrern. Diese Kontakte haben wir nur sporadisch, aber nicht systematisch gepflegt. Wir waren mit der Situation konfrontiert, dass die dortige Opposition, die später runder Tisch bzw. Neues Forum war, ein Kaleidoskop von politischen Vorstellungen darstellte. Diese diffundierenden Vorstellungen gingen auseinander, trafen sich aber wieder. In diesem Klima sind wir dann eine Woche später als Fraktion in Eisenach gewesen. Zehn Tage später – darauf bin ich heute noch stolz – sind wir mit der ganzen Fraktion nach Ungarn gefahren und haben dem damaligen Außenminister Horn persönlich gedankt, dass er die Grenze aufgemacht hat.

Das war ein großartiges Erlebnis. Mir erscheint es so, als wäre es gestern gewesen. Diese friedliche Revolution hat uns – gemessen am damaligen Bewusstsein – überrollt. Wir haben nicht mehr an die Wiedervereinigung geglaubt. Ein Großteil der bundesrepublikanischen Gesellschaft hatte mit dem Thema schon abgeschlossen. Wir wurden eines Besseren belehrt und mussten uns erst langsam daran gewöhnen, dass dem so ist.

Ich erinnere mich auch daran, dass wir unmittelbar danach eine Fraktionssitzung hatten. Dort habe ich gesagt: Wir müssen uns jetzt ganz spezifisch um die ehemalige DDR kümmern. – Ein Teil meiner Freunde, die dort saßen, war fassungslos und fragte: Wie kannst du von der ehemaligen DDR sprechen? Das ist doch überhaupt noch nicht so. – Damals spukten also noch die Gedanken von einem selbstständigen Interimsstaat durch unsere Köpfe. Aber, wie gesagt, die Entwicklung, die sich in diesen Wochen und Tagen abgespielt hat, war unglaublich schön und gut. Man sollte das wirklich nicht vergessen.

Manfred Krupp

Hessischer Rundfunk

Jetzt wird sehr farbig und sehr plastisch klar, was das für Tage waren. Fritz Hertle hat eben gesagt, er habe an die Wiedervereinigung nicht

mehr geglaubt. Ich weiß aus damaligen Diskussionen mit Franz Josef Jung, dass er – manche fanden das fast trotzig – immer wieder gesagt hat: Das ist ein Ziel, und daran glaube ich. – Damals war das fast so etwas wie eine Beschleunigung für die ganze CDU. Walter Wallmann wirkte wie ausgewechselt. Wie entstand denn diese Idee eines Programms Hessen-Thüringen?

Dr. Franz Josef Jung

MdB, Bundesminister

Das hat sich schon ein Stück weit durch diese Kontakte entwickelt, die wir danach auch durch die CDU hatten. Ich war dann mit Walter Wallmann am 24. November in Berlin und habe dort mit Lothar de Maizière, aber auch mit den Vertretern anderer, damals gebildeter Gruppierungen wie mit Herrn Eppelmann vom Demokratischer Aufbruch, aber auch mit Bischof Forck oder Manfred Stolpe gesprochen, bis der Anruf vom damaligen Regierungschef, Herrn Modrow, kam, der Walter Wallmann sprechen wollte.

Ich war bei dem Gespräch dabei. Er hatte natürlich nur ein Ziel: Damals ging es darum, dass die Bundesrepublik mit 15 Milliarden DM helfen sollte, um die DDR aus ihren finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten herauszuführen. Sie wissen, dass das in der geschichtlichen Entwicklung dann nicht der Fall war, was auch richtig war.

Aber wir waren danach am 2. Dezember in Thüringen: von Jena bis Eisenach. Dort bin ich übrigens zum ersten Mal in einem Trabi gefahren – zusammen mit Christine Lieberknecht. Wir haben damals diese Kontakte und Verbindungen aufgenommen. Ich muss ganz ehrlich sagen: Wir haben dann am 5. Dezember – das ist vorhin berichtet worden – in der Koalition gemeinsam mit Wolfgang Gerhardt und Ruth Wagner vereinbart – fairerweise muss ich hinzufügen: das war breit unterstützt –, dass dieses Land schon am 5. Dezember eine Unterstützung in Höhe von 250 Millionen DM und eine Bürgschaft in Höhe von 500 Millionen DM beschließen konnte. Das war beispielhaft in der Perspektive für Thüringen.

Über diese Gesamtsituation hat sich ein Verhältnis entwickelt, das, wie ich finde, auch ein Stück beispielhaft für die Partnerschaft zwischen unseren Ländern ist. Damals wurde die Frage diskutiert – das wurde vorhin erwähnt –, ob man in Sachen Länderneugliederung weiter gehen

sollte. Folgendes habe ich gut verstanden und vergesse es nie: Uwe Ehrich, der erste Landesvorsitzende der CDU in Thüringen, war hier in der Pressekonferenz. Dabei ist die Frage gestellt worden, ob er sich vorstellen könne, dass Thüringen und Hessen auch zusammenkommen könnten. Er hat gesagt, das würde er nicht ausschließen. Daraus ist eine ziemliche Debatte entstanden, weil man natürlich in Thüringen endlich froh war, das Land Thüringen zu sein, und weil man sich nicht schon wieder in eine andere Konstellation einbringen wollte.

Aber aus der gesamten Entwicklung, aus diesen Beziehungen und aus den persönlichen Kontakten ist diese Hilfe entstanden. Wahr ist – das wurde schon gesagt –: Wir waren in dieser Zeit öfter in Thüringen als zu Hause. Ich sehe Herrn Jentsch vor mir sitzen, der als einer der Ersten dort die Justiz mit aufgebaut hat. Unglaublich viele Menschen haben mitgeholfen, dass sich diese Entwicklung auch und gerade in der Beziehung zu Hessen-Thüringen so positiv gestaltet hat.

Manfred Krupp

Hessischer Rundfunk

Ich bleibe jetzt auf der damaligen Regierungsseite. Wenn man heute von Konjunktur- und von Unterstützungsprogrammen hört, klingt die Summe von 250 Millionen DM wie ein Klacks. Als ich damals die Meldungen hörte, habe ich gedacht: Wie wollen die Beteiligten das überhaupt stemmen? Das war eine riesige Summe. Herr Gerhardt, wie konnte man diesen Mut haben, so eine Summe auf den Tisch zu legen und so in Vorlage zu gehen? Denn es handelte sich doch um eine unsichere Situation. Man wusste gar nicht, was daraus wird.

Dr. Wolfgang Gerhardt
MdB, Staatsminister a. D.

Es gibt Situationen, in denen man sich ein bisschen vor die Büsche begeben muss.

Man muss sich hinstellen und eine Perspektive aufzeigen. Franz Josef Jung hat das gesagt; ich will es noch einmal etwas tiefer angehen. Die Partnerschaft Hessen-Thüringen ist mit Blick auf die Geschichte die dichteste Partnerschaft zwischen zwei Ländern in Deutschland. Ich mache die Bemühungen von Nordrhein-Westfalen, Brandenburg, Bayern und Sachsen nicht kleiner, aber Hessen-Thüringen ist ein bisschen mehr.

Wir haben ein Stück gemeinsamer Geschichte. Wir haben sozusagen eine Stammutter. Wir hatten schon vorher im deutsch-deutschen Kulturaustausch gemeinsame Projekte wie mit Ruth Wagner aus Darmstadt in Weimar. Wir hatten die Büchnerausstellung noch als deutsch-deutschen Kulturaustausch. Wir hatten die große Messeverbindung Frankfurt – Eisenach – Leipzig – Kiew. Man kann sie sogar weiter bis nach Paris verlängern. Wir hatten erwartet, die Ausstellung „Die Straße“ im geteilten Deutschland vorzustellen, aber plötzlich konnten wir sie in Leipzig präsentieren. Das war eigentlich schon ein erster Hinweis auf die Verbindung.

Hessen-Thüringen hatte eine innere Philosophie. Für Hessen gab es auch gar keine Alternative. Was mich damals mehr beschäftigt hat, war gar nicht die Summe des Geldes, sondern die Frage: Bekommen wir es an die Projekte heran? Was können wir denn jetzt direkt machen?

Aus meiner Sicht möchte ich zwei Dinge hervorheben. Wir haben praktisch das Andreasviertel in Erfurt gerettet. Das sage ich in aller Bescheidenheit.

Wir hatten damals angefangen, an strategischen Punkten Häuser zu erwerben und zu sanieren. Wir haben sie den Familien zurückgegeben, die nicht geglaubt haben, dass sie jemals diese Häuser zurückbekommen. Wir haben die Pläne – damals gab es noch einen SED-OB – zunichte gemacht, dort Straßenzüge hindurchzuführen, weil das alte Regime das Viertel zerschlagen hätte.

Für dieses Projekt Andreasviertel steht niemand so deutlich wie der frühere Landesdenkmalpfleger Gottfried Kiesow, der das mit großem Engagement gemacht hat.

Dann möchte ich einen zweiten Namen nennen, nämlich den langjährigen Datenschutzbeauftragten Spiros Simitis. Er rief mich eines Tages an und sagte: Herr Minister, wissen Sie, was wir machen? Die haben mich schon angerufen. Wir müssen doch dafür sorgen, dass der Jurastudiengang an der Schiller-Universität in Jena weiterläuft. Die brauchen viele Praktikumsplätze bei hessischen Anwälten. Ich sammle die Kollegen, wir machen ein rollierendes Verfahren und lesen dort – sofort. Wir stellen das Studium um. – Alles ist wunderbar gelaufen.

Ich hebe diese beiden Beispiele hervor, weil es darauf ankam, sofort Geld zur Verfügung zu stellen. Denn sonst wäre das gar nicht gelaufen. Insofern ist das so ineinander übergegangen.

Manfred Krupp

Hessischer Rundfunk

Herr Dr. Gerhardt, Sie haben vorhin einige Namen genannt. Ich füge jetzt einen Namen von sozialdemokratischer Seite hinzu, nämlich Rudi Arndt, der sich auf einmal kommunal engagierte. Trotzdem hatte ich damals den Eindruck, dass viele Sozialdemokraten hin- und hergerissen waren, nach dem Motto: Einerseits wollen wir helfen und unterstützen, aber andererseits wollen wir nicht bevormunden. Ich frage mal die Runde: Wie waren die Diskussionen in Ihren Fraktionen?

Hartmut Holzapfel

ehem. MdL, Staatsminister a. D.

Wir waren natürlich in einer anderen Situation als die Regierungsparteien. Deswegen hatte ich auch das Privileg, am Abend des 9. November einen Geburtstag feiern zu dürfen, weil ich Freizeit hatte.

Daher war die Perspektive eine andere. Das ergibt sich automatisch. Für die Sozialdemokraten war Thüringen natürlich so etwas wie ein historisches Stammland. Die gesamte Geschichte und insbesondere die Gründungsgeschichte der Sozialdemokratischen Partei ist mit Thüringen verbunden: Eisenach als Wiege der Sozialdemokratie, der Vereinigungsparteitag in Gotha und schließlich der große Parteitag in Erfurt,

der den ersten Parteitag nach dem Ende der Bismarckära und der Sozialistenverfolgung darstellte.

Willy Brandt hat dann im Kaisersaal in Erfurt nicht zu Unrecht gesagt: Das muss zusammenwachsen. – Wenn eine Partei wie die SPD plötzlich feststellt, dass die Wurzeln geografisch justament da liegen, wo bisher nicht Westdeutschland war, liegt es relativ nahe, zusammenzuwachsen.

Aber es gab in der Tat eine Diskussion bei uns in der SPD, mit der ich sehr viel zu tun hatte. Denn, wie ich vorhin angedeutet habe, hatte ich Beziehungen zu politischen Gruppierungen oder einzelnen Personen in Thüringen oder im Umfeld von Leipzig. Viele Partner in diesen Beziehungen waren sich nicht sehr klar darüber, was sie wollten. Das muss man im Nachhinein so beschreiben, ohne dass man daraus einen Vorwurf ableiten könnte. Woher hätten sie es denn auch wissen sollen?

Wenn wir uns schon überwiegend nicht vorstellen konnten, dass dieses System zusammenbricht, konnten sich sicherlich auch viele, die dort lebten, diese Ultima Ratio nicht vorstellen. Das heißt, viele dachten darüber nach, ob es nicht doch eine andere Form von Eigenstaatlichkeit gab, ob man das übernehmen müsste, was im Westen ist, bzw. was man übernehmen müsste.

Man hat viele Diskussionen gerade mit Bürgerinitiativen und mit Gruppen erlebt. Es gab viel Frust, wenn wieder irgendein Beamter aus dem Westen kam und sie beraten hat, wo es eigentlich langging. Dann hat ihn der eine oder andere traurig angeschaut und gesagt: Könnt ihr gleich einen Augenblick Pause machen, damit wir selber nachdenken dürfen?

All das hat sich natürlich in der hiesigen SPD deswegen mehr widerspiegeln können – das sage ich mit aller Fairness gegenüber den beiden anderen Gesprächspartnern –, weil wir nicht unmittelbar unter Handlungsdruck standen. Nun weiß ich natürlich, dass die Weltgeschichte nicht so abläuft, dass man sich hinsetzen und sagen kann: Jetzt wollen wir in Ruhe ausdiskutieren.

Das wünscht man sich zwar manchmal, manchmal hilft der Satz auch, das weiß ich, – aber insofern war unsere Rolle eine andere. Wir hatten einen anderen Zugang. Natürlich hatten wir mit der großen und schwierigen Frage zu tun: Wie gehen wir eigentlich damit um, dass die SED aus einer Zwangsvereinigung von SPD und KPD entstanden

war? – Sie hatten auf eine andere Weise mit den Fragen „Was wird aus den Blockparteien?“ und „Wie verhält man sich dazu?“ zu tun. Wir wussten natürlich, dass auch in der SED Menschen waren, die wir eigentlich als Sozialdemokraten hätten reklamieren können.

Aber das stellte eine Hürde dar, die wir im Grunde genommen, wie ich im Nachhinein immer noch finde, damals nicht hätten überspringen können. Denn dafür waren die Fragen nicht entscheidend, ob der eine oder andere ein ehrenwerter Mensch war oder ob sich der eine oder andere so hätte verhalten müssen, wie er sich verhalten hat. Vielmehr reichte in der Gesamtbilanz dessen, was diese Partei angerichtet hat, der Umstand, dass es einzelne Gerechte gegeben hat, nicht aus, um zu begründen, dass man keinen sehr klaren und großen Trennungsstrich ziehen musste. Aber dies war schwierig für die SPD, weil damit natürlich ein Zugang zu Menschen verloren war, die in diesem anderen System operiert, das Beste gewollt und sich nichts hatten zuschulden kommen lassen.

Bei diesem Problem habe ich drüben in der Auseinandersetzung mit konkreten Erfahrungen sehr viel gelernt. Ich nenne einen Kollegen, Hans-Jürgen Döring, der immer noch in der SPD-Fraktion in Erfurt ist. Er war mit dem Autor Jürgen Fuchs befreundet, der auf eine ganz schreckliche Weise ein Opfer der Stasi geworden war. Er war mir in vielen Diskussionen behilflich, um mich – das sage ich ganz direkt – vor Menschen zu warnen, die sehr geschickt geredet haben und bei denen man nicht immer wusste, was sie wirklich meinten.

Es gab beides: Es gab Menschen, die den Jargon dieses Systems sprachen und etwas Vernünftiges meinten, weil sie eine andere Sprache nicht gelernt hatten. Auf der anderen Seite gab es Leute, die so sprachen, als hätten sie schon immer an westlichen Talkshows teilgenommen, und etwas ganz anderes meinten als das, was sie gerade erzählten. Das war für einen, der von außen kam, nicht einfach. Deswegen bin ich denen, die mir damals geholfen haben, für die eine oder andere Orientierung sehr dankbar.

Manfred Krupp

Hessischer Rundfunk

Da möchte ich eine Fußnote ergänzen. Ich habe mich erinnert, dass es in Wiesbaden damals drei Pressekonferenzen gab, in denen drei

SPD-Vorsitzende von Thüringen vorgestellt wurden. Ich habe meiner Erinnerung nicht mehr geglaubt und nachgeschlagen. Ich habe wirklich drei SPD-Vorsitzende in einem Jahr gefunden. Das zeigt, wie groß die Verunsicherung, der Wechsel und die Instabilität waren.

Dasselbe galt damals auch ein bisschen für die GRÜNEN. Wer ist der Partner? Heute hat Katrin Göring-Eckardt das höchste evangelische Laienamtsamt in Deutschland inne. Damals aber sagte mir ein Mitglied der Landtagsfraktion der GRÜNEN: Mit dieser evangelischen Pfarrerdemokratie da drüben will ich nichts zu tun haben. Gab es solche Diskussionen häufiger?

Friedrich Karl Hertle

ehem. MdL und Fraktionsvorsitzender

Es gab sehr heftige Diskussionen – nicht nur, was die christliche Seite angeht. Ich erinnere mich: Im ganz frühen Stadium, ein paar Wochen nach der friedlichen Revolution, gab es in Eisenach schon Diskussionen um Opel Eisenach. Damals kristallisierten sich schon die späteren Konflikte heraus.

Eine Fraktion wollte die blühende Ökolandschaft sowie erst einmal Ruhe und Frieden – keine Fabrik und keine Ansiedlung. Warum das der Fall war, kann ich verstehen. Denn wie soll ein Mensch diesen Rausch und dieses unglaubliche Spektrum an demokratischen Freiheitsrechten innerhalb kurzer Zeit überhaupt realisieren? Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Redefreiheit und Religionsfreiheit waren zum Teil für einzelne Gehirne nicht zu fassen.

In dem Gründungsprozess war am Anfang jeder Fünfte bei Bündnis 90, also bei der ostdeutschen Variante, die sich später mit uns GRÜNEN vereinigt hat, ein Stasispitzel. Sie haben anfangs versucht, die Übergangsregierung systematisch zu infiltrieren, um diese ganze Bewegung noch einmal unter Kontrolle zu bekommen. Das flog dann auf, aber die Mehrheit dieser Leute, die im Neuen Forum oder in der breiten Bürgerbewegung waren, hatte einen abgrundtiefen Zorn gegen die Stasi und das ganze System. Das war zunächst das Verbindende. Als dann die pragmatischen realen Fragen auftauchten – Stichworte: Ansiedlungspolitik oder Bildungspolitik –, wurde es ein Kaleidoskop von programmatischen Labyrinthen und Wirrnissen.

Das war eine spannende Zeit, in der alles blühte und auch sehr viel verblüht ist. Schlimm war natürlich für die Bürgerbewegung, dass die Bürgerbewegten Monate später mehr oder minder am Katzentisch saßen, während die großen Parteien die Sache völlig in die Hand genommen haben. Gut, das war so. Im Rückblick war es nicht falsch.

Bärbel Bohley hat neulich der „Zeit“ ein großes Interview gegeben und dabei kritisiert, sie habe sich mehr Zeit für die runden Tische gewünscht, sodass man sich mehr Gedanken hätte machen können, was aber nicht gelungen sei. – Im Rückblick ist es zwar traurig, dass das nicht ein bisschen länger dauerte, aber realpolitisch war es nicht anders möglich.

Manfred Krupp

Hessischer Rundfunk

Ein ganz entscheidender Schritt – das kam eben auch im Vortrag vor – war die Gründung des Freistaats Thüringen. Gleichzeitig aber gab es einen großen Rückschritt für viele, die die Initiative ergriffen hatten. Denn ihre Ansprechpartner in den Bezirken aus der ersten Phase waren auf einmal keine Ansprechpartner mehr. Hat das die Bestrebungen Hessen-Thüringen zurückgeworfen, oder war das mehr ein subjektives Gefühl von Verunsicherung: Ich weiß jetzt nicht mehr, mit wem ich es zu tun habe?

Dr. Franz Josef Jung
MdB, Bundesminister

Ich glaube, dass es die Bestrebungen Hessen-Thüringen nicht zurückgeworfen hat. Aber das hat natürlich bei dem einen oder anderen auch sehr konkrete Enttäuschungen hervorgerufen. Ich habe vorhin den Oberkirchenrat Kirchner erwähnt, der einen enormen Beitrag in dem gesamten Prozess geleistet hat. Nachher stellte sich so etwas heraus.

Ich muss ganz ehrlich sagen: Ich war damals in einer ziemlich Konfliktsituation mit meiner eigenen Bundespartei. Wir waren der Meinung, wir sollten auf die Reformkräfte der CDU setzen. Der damalige Generalsekretär Rühle war der Meinung, das sollten wir auf keinen Fall tun, sondern nur auf den Demokratischen Aufbruch setzen. Vor dem Hintergrund dieses Konfliktes hat uns der damalige Parteivorsitzende und Bundeskanzler Helmut Kohl eingeladen und uns zunächst einmal diskutieren lassen. Dann hat er gesagt – ich weiß das noch wie heute –: Wisst ihr was? Wir machen eine Allianz für Deutschland.

Diese Allianz für Deutschland, CDU, Demokratischer Aufbruch und DSU, war aus meiner Sicht die entscheidende Grundlage, dass die Wahl am 18. März so ausgegangen ist, wie sie ausgegangen ist. Ich behaupte noch heute, dass die Entwicklung sonst anders gewesen wäre – das haben wir auch vorhin gehört. Es ist natürlich richtig, dass das schon ein Stück persönlicher Rückschlag war. Aber Wolfgang Gerhard hat gerade schon gesagt, dass wir bereits am 5. Dezember das Programm im Landtag beschlossen hatten. Danach ging es um die weitere Umsetzung.

Wir hatten am 18. März die einzigen und letzten freien Wahlen in der DDR. Dabei wurde Lothar de Maizière Ministerpräsident. Im Mai fanden, wenn ich mich recht erinnere, die Kommunalwahlen statt, in deren Folge die CDU in Thüringen alle Landräte gestellt hat. Dann fanden die Landtagswahlen statt, bei denen wir auch wieder erfolgreich waren. Danach gab es die eine oder andere Enttäuschung. Es gab auch den Wechsel, wenn ich beispielsweise an den Ministerpräsidenten Ducha denke.

Aus meiner Sicht gab es persönliche Enttäuschungen. Es gab auch das eine oder andere, was inhaltlich manche Fragen aufgeworfen hat. Das war nicht nur bei der CDU so. Ich erinnere mich noch an die Zeit vor der Wahl am 18. März, als plötzlich Wolfgang Schnur vom Demo-

kratischen Aufbruch überführt worden ist. Das war nachher auch bei Ibrahim Böhme in der SPD der Fall. Man konnte das leider durchgängig sehen.

Aber an dem Prozess Hessen-Thüringen hat das aus meiner Sicht nichts geändert. Beide Seiten haben diesen Prozess vorangetrieben. Das ist zumindest mein Eindruck, und ich schaue diejenigen an, die damals auch in der Regierung Verantwortung hatten: Herr Pietzsch und Herr Böck sitzen hier.

Manfred Krupp

Hessischer Rundfunk

Herr Holzapfel, Sie haben vorhin vom sozialdemokratischen Stamm-land Thüringen gesprochen. Ich frage Sie: Hätte sich die hessische SPD noch stärker engagieren müssen, um der Sozialdemokratie in Thüringen einen ähnlichen Schub zu geben, wie es die Christdemokraten in Hessen getan haben? Oder war das vom Westen aus nicht zu beeinflussen?

Hartmut Holzapfel

ehem. MdL, Staatsminister a. D.

Das ist schwer zu beurteilen. Rudi Arndt und andere haben wirklich viel getan. Ich bin auch häufig dort gewesen. Man kann so etwas nicht erzwingen. Ich habe vorhin versucht zu beschreiben, wo die objektiven Probleme für die Sozialdemokraten lagen. Die Frage, die Herr Jung eben andeutete, ob man auf Reformkräfte in einer anderen Partei setzen könne oder nicht, war für uns nicht so zu beantworten, dass man auf Reformkräfte etwa der SED hätte setzen können. Im Grunde musste bei null angefangen werden.

Man konnte viele Menschen, über die man aufgrund der vielen geführten Diskussionen dachte, man könne sie brauchen, weil sie eigentlich okay sind, nicht nehmen, weil das damals nicht ging, solange nicht klar war, welche Rolle sie vorher in diesem Land gespielt hatten. Das war ein objektives Problem, das man meines Erachtens nicht beliebig verändern konnte. Damit musste die SPD umgehen und allmählich eine eigene Stabilität gewinnen, was bis heute in den neuen Bundesländern nicht so ganz einfach ist.

In der damaligen Zeit war für mich noch ein zweiter Punkt wichtig – ich knüpfe an die Ausführungen von Fritz Hertle an –, von dem ich bedauere, dass er heute nicht mehr so stark ist. Wenn man sich an die Situation im Jahre 1990 zurückerinnert, gibt es immer zwei Ebenen. Da ist zunächst die Ebene der Politik, über die Sie jetzt sehr viel besser reden können, weil Sie damals im Bund wie im Land eine politische Verantwortung hatten. Aber es gab auch eine unglaublich enge Kooperation auf der unteren Ebene. Ich habe damals schon viel mit Schulen zu tun gehabt. Es gab damals einen sehr aktiven Austausch zwischen Schulen in Thüringen und Hessen – vor allem im Norden.

In der Frage der Kooperation kann man in Hessen eine ziemlich gute Unterscheidung zwischen Nord- und Südhessen treffen, was nicht nur mit der Geografie, sondern auch mit der Geschichte zu tun hat. Die Verbindung von Nordhessen nach Thüringen ist natürlich ganz anders als die von Südhessen. Ich bedauere ein bisschen, dass von der damaligen völlig selbstverständlichen Kooperation, die so nahe lag, da man nicht lange begründen musste, dass Thüringen mit Hessen kooperiert, sehr viel weniger übrig geblieben ist, als man sich damals vorstellte. Diese Frage wäre eine Überlegung für alle wert, die in der Politik Verantwortung tragen: Was kann man machen, damit das wieder lebendig wird?

Ich habe mich vor Kurzem in einer Runde in Nordhessen mit einigen Menschen unterhalten, die eine sehr aktive Rolle in den Schulpartnerschaften in den Jahren 1989, 1990 und 1991 gespielt haben. Sie haben mir erzählt, dass fast alle Partnerschaften nicht mehr oder höchstens noch als Bezüge einzelner Personen existieren. Man kennt zwar noch jemanden, aber das ist kein kontinuierlicher Austausch mehr.

Ich finde die Überlegung lohnend, wie man daran anknüpfen kann. Denn das ist im Grunde das Fundament für alles, was Politik tun kann.

Manfred Krupp

Hessischer Rundfunk

Wolfgang Gerhardt, Sie sind einerseits als Abgeordneter für Ihre Partei, andererseits gleichzeitig für die politische Bildung über die Friedrich-Naumann-Stiftung mit verantwortlich. Glauben Sie, dass es neue Impulse geben muss, wie Hartmut Holzzapfel ausgeführt hat? Denn vieles

wird zwar jetzt wieder in der Erinnerung wach, aber man merkt natürlich, dass einige Dinge verblasen.

Dr. Wolfgang Gerhardt

MdB, Staatsminister a. D.

Ich glaube, Frau Schipanski hat das vorhin ausgedrückt. Mich hat es erschüttert, zu lesen, wie wenig der Charakter des früheren Regimes der DDR bekannt ist und wie wenige Kriterien die Menschen haben, um zu sagen, was das war. Die Schülerumfrage in Berlin und Nordrhein-Westfalen hat mich erschüttert. Der Untersuchungsführer sagte, in der Umfrage sei die DDR als ein kleines Land beschrieben worden, das viel Sozialpolitik gemacht und sich um die Umwelt gekümmert habe.

Es gab eine Podiumsdiskussion darüber, bei der gesagt wurde: Niemand in Bitterfeld hat das je gesehen. – Heute sind für jeden die Protokolle der ZK-Sitzungen der SED erreichbar. Wer sie liest – sie lesen sich wie ein Krimi –, weiß, dass die schon längst kaputt und pleite waren, bevor die Mauer von Osten eingedrückt worden ist. Die gaben das auch zu. Einige legten richtiggehende Geständnisse ab, warum das so schiefgelaufen ist.

Deshalb halte ich es mit Blick auf die politische Bildung für angebracht, dass jeder Schuldirektor dafür sorgt, dass wenigstens eine Stunde lang über Kriterien von Freiheit und Unfreiheit in der deutschen Geschichte am Beispiel der DDR gesprochen wird.

Die Bände liegen vor. Die Zentralen für Politische Bildung könnten sie besorgen und jeder Schule zur Verfügung stellen. Ich sage das deshalb, weil wir auch ein Interesse haben, dass das nicht nur ein Aufbauwerk von Verkehrswegen usw. wird, sondern dass sich dahinter ein Bewusstsein entwickelt, das einerseits die Gefährdung von Freiheit kennt, aber sich andererseits auch die Chancen der Freiheit in einem offenen Bildungssystem erarbeitet.

Bei Thüringen kommt noch etwas hinzu. Hartmut Holzapfel hat das vorhin vor dem Hintergrund der Geschichte seiner Partei angesprochen. Ich sage das auch für die FDP: Der Nationalverein ist in Eisenach gegründet worden. Sehr viele Abgeordnete der Paulskirche sind zunächst in Eisenach mit dem Zug angekommen und mussten dann sehen, wie sie Richtung Frankfurt weiterkommen. Wenn man sich nach

Thüringen bewegt, stellt man all diese Bezüge fest, die auch ein Stück deutscher Freiheitsgeschichte sind.

Vor der ersten freien Volkskammerwahl saß ich in Arnstadt in einem Lokal und hörte eine heftige Diskussion an den Nachbartischen über die Frage: Was wählt ihr? – An sich war jeder von uns – das merkte man auch an der Person von Willy Brandt – darauf eingestellt, dass die SPD vielleicht ganz gut abschneiden könnte. Denn Thüringen und Sachsen waren ein Stück Heimatland aus früherer Geschichte.

Das Erste, was mich stutzig machte, ob das so aufgehen würde, wie jeder erwartet, war eine gewisse Resignation, die man am Ende bei Willy Brandt spürte, nachdem er oft unterwegs war. Er wurde unsicher, ob das so ein großer Erfolg werden würde. In dieser Diskussion stellte man fest, dass es einen absoluten Willen gab, zunächst einmal durch-zuwählen, aus dem ganzen Schlamassel heraus: nicht mehr im alten System, nichts mehr, was sich mit der SED verband. Das war selbst bei denen der Fall, die engagiert waren.

Es deutete sich an, dass die Allianz – dazu hat Franz Josef Jung etwas ausgeführt – gewählt werden würde, einfach weil man sagte: Mit ihr kommen wir am ehesten durch die Investition unserer Stimme aus dieser Situation heraus. – Das war in den letzten Wochen vor dieser Wahl spürbar.

Zweitens. Jeder hatte seine Stasileute, und wir wurden auch darauf hingewiesen, wer das sei. Es war nicht so, dass die Leute vor Ort nicht gewusst hätten, wer in ihrer jeweiligen Partei etwas näher an der Stasi-macht war. Das ging skurrilerweise schon so weit, dass sie in Vertreter der Stasi und Vertreter des russischen Geheimdienstes unterteilt wurden. Bei einigen wurde gesagt, sie seien mehr von Moskau und würden dort ihre Berichte abliefern. Das wusste man. Deshalb konnte man sich darauf einstellen, nach ersten Kontaktaufnahmen zu sagen: Entscheidet euch, ob ihr bei uns mitmachen wollt, aber diese Leute wollen wir dabei nicht sehen. – Das war vielen sehr recht. Das war ein Prozess, der sich dann sehr schnell entwickelt hat.

Manfred Krupp

Hessischer Rundfunk

Wir könnten jetzt eigentlich eine Flasche Rotwein herausholen und noch einige Stunden hier sitzen.

Aber da ich weiß, dass einige der Anwesenden Anschlusstermine haben, möchte ich in die Schlussrunde überleiten. Ich finde, ein Abgeordneter bzw. Ex-Abgeordneter aus Osthessen ist vielleicht der Richtige, um mit diesem Thema zu beginnen. Wir haben sehr viel davon gesprochen, was Thüringen davon hatte, dass es damals die Aktion Hessen-Thüringen gab. Wir haben aber noch nicht darüber gesprochen, wie das Hessen bereichert hat. Wie hat es Osthessen bereichert, Fritz Hertle?

Friedrich Karl Hertle

ehem. MdL und Fraktionsvorsitzender

Osthessen wurde von einer unheimlichen Sorge entlastet, nämlich von der irrsinnigen Planung, sich den künftigen Atomkrieg in Osthessen abspielen zu lassen. Auch aus den Dokumenten wurde klar, dass so etwas geplant wurde. Mit dem Niedergang des Sozialismus in Osteuropa hatte die ganze Region ein richtiges Erlösungsgefühl. Die Raketen und die Unterstände, die es dort überall gab, waren sozusagen nur noch Anschauungsmaterial, aber kein Bedrohungsmaterial mehr.

Auch alte Verbindungen wurden wieder hergestellt. Das hat sich geöffnet. Fulda hat mit Weimar einen engen Kontakt begonnen. Wir hatten dann einen regen Austausch mit Persönlichkeiten aus Eisenach und aus Thüringen. Das war eine große Bereicherung auch unseres Horizontes. Das möchte ich nicht missen.

An die Frage, ob wir sie bereichert haben, mache ich ein Fragezeichen. Denn ich habe an mir selbst entdeckt, dass ich mir ständig auf die Zunge beißen musste, um nicht viele besserwisserische Ratschläge zu geben: Wie macht man Schule? Wie macht man Umwelt? Wie macht man Bildung? Dazu würde ich gern einmal die andere Seite der Thüringer hören und erfahren, wie sie in einem ähnlichen Symposium über uns urteilen. – Aber unterm Strich: sehr, sehr gut.

Manfred Krupp

Hessischer Rundfunk

Franz Josef Jung, an Sie richte ich eine ähnliche Frage: Wenn Sie jetzt einem hessischen Schüler klarmachen müssten, dass auch Hessen davon profitiert hat, dass es Thüringen damals so unterstützt hat, was ist Ihr Hauptansatzpunkt?

Dr. Franz Josef Jung

MdB, Bundesminister

Das Entscheidende ist: Wir waren unmittelbares Grenzland. Die Zonengrenze war ein großer Teil dieses Landes. Hier gab es Stacheldraht und Schießbefehl. Hessen hat davon profitiert, dass das nicht mehr zwischen diesen beiden Ländern besteht, dass es hier Freiheit gibt, dass es hier ein Zusammenwirken gibt, dass es einen entsprechenden Austausch gibt und dass alles das überwunden wurde, was uns getrennt hat.

Im Übrigen hat Fritz Hertle durchaus Recht: Fulda Gap war das am meisten gefährdete Gebiet – auf 500 Metern sowjetische und amerikanische Atomraketen. Ich habe mich damals dafür eingesetzt – das wurde auch umgesetzt –, dass wir Point Alpha wieder auf Vordermann gebracht haben, um das auch für junge Generationen zu veranschaulichen. Denn viele, die heute zum ersten Mal wählen, haben das alles nicht miterlebt.

Es ist eine enorme Perspektive und ein Vorteil auch und gerade für unser Land, dass das alles überwunden wurde und dass verschiedene Städte – das geht bis Kassel –, die in der Randlage waren, jetzt wieder in der Mitte Deutschlands und damit in der Mitte Europas sind. Dass man sich gegenseitig in dem einen oder anderen Punkt befruchtet hat, möchte ich auch unterstreichen. Deshalb können wir noch heute dankbar für diese glückliche Stunde sein, dass heute Zonengrenze, Stacheldraht und Schießbefehl verschwunden sind und uns nicht mehr trennen, sondern dass wir zwischen Hessen und Thüringen in Freiheit gemeinsam miteinander leben können.

Manfred Krupp

Hessischer Rundfunk

Das klang fast schon wie ein Schlusswort. Trotzdem möchte ich Ihnen, Herr Holzapfel, die Gelegenheit geben, noch etwas hinzuzufügen.

Hartmut Holzapfel

ehem. MdL, Staatsminister a. D.

Ich kann das nur ganz persönlich ergänzen. Deswegen geht es auch schnell. Ich stamme aus Eschwege, einer kleinen Stadt im Nordhessischen, die 10 km entfernt von der Grenze nach Thüringen lag. Damals in Eschwege sagte man immer: Dort fängt das Russische an.

Ich bin dort 1963 von der Schule mit dem Abitur abgegangen und habe diesen Ort fluchtartig verlassen, weil nach 1961 nicht nur in Berlin die Mauer gebaut, sondern auch die Grenze dichtgemacht worden war. Ich hatte wirklich den Eindruck: Jetzt lebst du hier mit dem Rücken an der Wand.

Ich bin dann nach Frankfurt gekommen und lebe seitdem dort. Diese Veränderung hat mir meine Heimat zurückgegeben. Ich bin jetzt wieder öfter in Eschwege, weil es ein schönes Gefühl ist, dass man von Eschwege aus nach Treffurt fahren kann und dort wirklich richtige Thüringer Klöße und keine Klöße von Pfanni bekommt. So einfach ist das.

Man kann das an der eigenen Erfahrung festmachen. Vorher stand man vor einer Mauer, hinter der nichts war, mit dem man etwas anfangen konnte. Plötzlich stellte man fest: Man ist jetzt mitten in Deutschland bei Nachbarn. Das Fahren dort hinüber, das Kennenlernen der Menschen dort und der Theaterbesuch in Meiningen sind genauso selbstverständlich, wie es früher die vergleichbaren Dinge innerhalb Hessens waren. Man hat selber erfahren, was das bedeutet.

Das Problem unserer Generation ist, dass wir es jetzt mit Jugendlichen zu tun haben, die völlig fassungslos an diesen Grenzen stehen und sagen: „Da soll eine Sperrmauer gewesen sein?“ – „Nee, nicht wirklich“, hat vor Kurzem ein Jugendlicher zu mir gesagt. Er meinte das wirklich so, weil er es sich nicht vorstellen konnte. Auf diesem Feld ist einiges zu tun.

Manfred Krupp

Hessischer Rundfunk

Nun gebe ich das Wort an Wolfgang Gerhardt.

Dr. Wolfgang Gerhardt

MdB, Staatsminister a. D.

Ich brauche dem gar nichts mehr hinzuzufügen. – Was hat mir das gegeben? Ich finde, dass ich mich ins Auto oder in den Zug setzen kann und nicht mehr diese Uniformen sehe, die mich bei Herleshausen kontrollierten, ist schon ein Glücksfall. Damit möchte ich das abschließen.

Manfred Krupp

Hessischer Rundfunk

Ich glaube, das ist ein Gefühl, das jeder nachvollziehen kann. Ganz herzlichen Dank an die Teilnehmer der Gesprächsrunde.

Vorstellung der Dokumentation Hessen und Thüringen – Wege zur Partnerschaft. Das Aktionsprogramm 1989 bis 1994

Norbert Kartmann

Präsident des Hessischen Landtags

Meine Damen und Herren, herzlichen Dank an alle Beteiligten. Wir wollen den Nachmittag mit dem dritten Block abrunden. Darin ist die Vorstellung der Dokumentation durch Herrn Prof. Eiler und Frau Brandes vorgesehen. Danach wird die Landesregierung, vertreten durch Herrn Grüttner, das Schlusswort sprechen. Herr Prof. Eiler, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Klaus Eiler

Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden

Sehr geehrter Herr Präsident Kartmann, meine Damen und Herren! Ich darf an dieser Stelle darauf hinweisen, dass ich mich kürzer fassen soll, als es ursprünglich vorgesehen war. Aber schon Herr Gorbatschow hat gesagt: Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.

– Ja, ich komme auch zu spät. Ich möchte kurz etwas zur Geschichte dieses Buches ausführen, das wir heute vorstellen.

Im Juli 2003 beschloss der Hessische Landtag, die Hilfeleistung Hessens für Thüringen in einer wissenschaftlichen Dokumentation aufarbeiten zu lassen. Die Zeit drängte – das klang auch heute mehrfach an –, denn die Erinnerungen an die Ereignisse, an die Endphase der DDR und an die Wiedervereinigung Deutschlands beginnen, mit der neu heranwachsenden Generation zu verblassen.

Im Auftrag der Kommission „Politische und parlamentarische Geschichte des Landes Hessen“ erarbeiteten Herr Prof. Schiller und ich eine Konzeption. Sie sah vor, den Ablauf des Aktionsprogrammes vornehmlich aus hessischer Sicht zu rekonstruieren, zu dokumentieren und schließlich die Dokumente im Hessischen Hauptstaatsarchiv für künftige Forschungen zu archivieren.

Frau Brandes erhielt 2006 den Auftrag, dieses Konzept umzusetzen. Sie fand eine außerordentlich günstige Quellenlage vor. Sie wertete

mehrere Hundert Stehordner im Hessischen Hauptstaatsarchiv, in den Ministerien, im Thüringer Hauptstaatsarchiv, in den Landtagen sowie Zeitzeugenberichte aus. Sie führte Interviews durch und transkribierte 70 Dokumente für die Publikation. Für diese gigantische Leistung, ein Buch bzw. ein Manuskript dieses Umfangs innerhalb des festgelegten Zeitplans fertiggestellt zu haben, gebührt Frau Brandes Anerkennung und Dank.

Der Band bietet nur einen kleinen Ausschnitt aus der Geschichte des Weges in die deutsche Einheit. Er dokumentiert aber ein beispielloses und, wie vorhin schon gesagt wurde, beispielhaftes Ereignis der Hilfe eines Bundeslandes für sein Nachbarland, mit dem es viel verbindet. Sie setzte schon ein, bevor die Einheit beschlossen war und der Bund die Koordinierung der Hilfeleistungen im Aufbau Ost übernahm. Daher bitte ich, auch zu bedenken, dass wir mit diesem Untersuchungsgegenstand wissenschaftliches Neuland betreten haben.

Der Band besteht aus sechs Kapiteln. Das erste Kapitel gibt einen kurzen Überblick über die Beziehungen zwischen Hessen und Thüringen in den Jahren 1945 bis 1989 und zeigt die mühevollen Versuche einer Annäherung.

Das zweite Kapitel beleuchtet die grundlegenden Entscheidungen der Hessischen Landesregierung und die Landtagsdebatten, unterschiedliche politische Positionen der Parteien und die gleichwohl gemeinsame Verabschiedung des Aktionsprogramms. Den zweiten Schwerpunkt bilden die administrative Umsetzung des Programms und die konkreten Sofortmaßnahmen in Thüringen im Jahr 1990. Schließlich wird in diesem zweiten Kapitel ausführlich auf die Umsetzung des Aktionsprogramms eingegangen. Die hessische Hilfe konzentrierte sich 1990 vor allem auf die Bereiche mit besonders dringlichem Bedarf wie auf das Gesundheits- und Verkehrswesen, den Umweltschutz, die Denkmalpflege und die Förderung privater Kleinunternehmen. Aufgezeigt werden sowohl die Hintergründe für die Konzentration auf diese Problemfelder als auch die konkreten Maßnahmen und deren verwaltungsmäßige Abwicklung.

Im dritten Kapitel steht die veränderte Ausrichtung des Aktionsprogramms von einem Investitionsprogramm zu einem Finanzierungsprogramm für die Verwaltungs- und Justizhilfe im Mittelpunkt. Neben den politischen und administrativen Entscheidungsprozessen wird vor allem die Mitwirkung vieler hessischer sogenannter Aufbauhelfer beim Um- und Aufbau von Justiz und Verwaltung untersucht. Die Arbeits-

schwerpunkte Hessens entstanden dabei im Rahmen der Arbeitsteilung mit den beiden anderen Unterstützerländern Bayern und Rheinland-Pfalz, die zum Teil auch Kontroversen auslöste. Deutlich wird daher auch, dass die Verwaltungshilfe durch die alten Länder einer stärkeren Koordinierung durch den Bund im Rahmen einer Bund-Länder-Clearingstelle bedurfte.

Neben den Aufbau neuer Verwaltungsstrukturen sowohl auf Landes- als auch auf kommunaler Ebene kam insbesondere der Umgestaltung des Justizwesens eine grundlegende Bedeutung für die Etablierung rechtsstaatlicher Prinzipien zu, wobei erhebliche Widerstände überwunden und harte personelle Entscheidungen getroffen werden mussten. Einbezogen wird darüber hinaus die Hilfe beim Aufbau der kommunalen Verwaltung durch Kreise und Gemeinden und durch die kommunalen Spitzenverbände Hessens, die vom Land ebenfalls aus Mitteln des Aktionsprogramms finanziert wurden.

In einem Exkurs wird das hessische Engagement außerhalb der staatlichen Hilfe anhand einiger Beispiele behandelt. Gleich nach Öffnung der Grenze halfen vielfach Organisationen, Parteien und gesellschaftliche Gruppen sowie die hessischen Kirchen mit Fachpersonal und Fachwissen, mit Sachleistungen und Finanzmitteln in Thüringen und förderten unter anderem den Aufbau verbandlicher Strukturen. So entstanden auch hierdurch zahlreiche deutsch-deutsche Partnerschaften, von denen viele bis heute weiter bestehen und zum Teil sogar zu gemeinsamen landesübergreifenden Organisationen führten wie z. B. im wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Bereich. Der Exkurs kann lediglich einen ersten Einblick in die Vielfalt dieser Unterstützungsmaßnahmen geben. Hierbei eröffnen sich weitere Bereiche für interessante Untersuchungen, insbesondere zur Aufbauhilfe und Zusammenarbeit von Parteien und Verbänden.

Kapitel vier gibt Hinweise auf gemeinsame Projekte und die vertraglich geregelten Partnerschaftsbeziehungen der Länder Hessen und Thüringen, die sich in der Zeit zwischen der Landesbildung Thüringens 1990 und dem Ende des Aktionsprogramms 1994 entwickelten.

Eine Reihe von übergreifenden Aspekten gewinnt in mehreren Kapiteln Bedeutung. Da anfangs die Suche nach geeigneten Ansprechpartnern etwas unübersichtlich war, kamen mit den runden Tischen auf Bezirksebene und dem politisch beratenden Ausschuss zur Bildung des

Landes Thüringen allmählich Klärungen in Gang, die auch mit Bildung der Landesorgane noch nicht völlig abgeschlossen waren.

Ein zweiter Aspekt bezieht sich darauf, welcher Einfluss thüringischen Vorstellungen und Konzepten auf die Unterstützungsmaßnahmen Hessens und der anderen Bundesländer eingeräumt wurde. Weiterhin wird das Verhältnis der westdeutschen Unterstützterländer thematisiert, unter anderem hinsichtlich auftretender Rivalitäten über die Aufteilung der Arbeitsgebiete und erforderlicher Nachjustierungen.

Auf einer ganz anderen Ebene, nämlich der inhaltlichen Unterstützungskonzeption, lässt sich schließlich die Entwicklung unterschiedlicher Schwerpunkte verfolgen. Während anfangs Sachleistungen und Infrastrukturinvestitionen vordringlich erschienen, verlagerte sich die Förderung schon bald zum unmittelbaren Personaleinsatz hessischer sogenannter Aufbauhelfer. Zunehmend an Bedeutung gewannen aber auch Aus- und Fortbildungsmaßnahmen, um im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Thüringen selbst rekrutieren und qualifizieren zu können.

In Kapitel fünf werden die wissenschaftlichen Untersuchungen durch Schilderungen in Form von Interviews und Berichten von Zeitzeugen ergänzt. Dazu wird sich Frau Brandes im Anschluss an meine Ausführung äußern.

Als Gegenstück zu den Zeitzeugenaussagen präsentiert das abschließende Kapitel sechs besonders wichtige und prägnante Dokumente, die in Abschrift abgedruckt wurden.

Die vorliegende Publikation strebt dabei keineswegs eine vollständige Dokumentation an. Die getroffene Auswahl soll vielmehr über die Bedeutung der einzelnen Dokumente hinaus einen Hinweis auf die Bandbreite der überlieferten Archivalien, auf die vielfältigen Dokumententypen und auf deren unterschiedliche Entstehungszusammenhänge geben. Das Aktionsprogramm des Landes Hessen bildet zwar nur einen Teilaspekt in der Aufbauhilfe Ost von Bund und Ländern, doch liegt seine besondere Bedeutung – das klang heute schon an – in der raschen Entschlusskraft des Landes Hessen und in der großen Kooperationsbereitschaft Thüringens.

Die vorliegende Publikation gewinnt schon dadurch eine besondere Bedeutung, dass vielfältige, bisher unbekannte Quellen erschlossen werden konnten. Darüber hinaus gibt es sicherlich auch noch andere, bisher nicht zugängliche Zeugnisse. Denn auch heute, 20 Jahre nach

Öffnung der Grenze zur DDR, harren aufschlussreiche Dokumente, Fotos und viele anderen Quellen noch der wissenschaftlichen Auswertung. Insbesondere sollten weitere Zeitzeugen befragt werden, solange dies noch möglich ist. Gerade diese Chancen sollten unbedingt genutzt werden, damit wertvolle Kenntnisse und Erfahrungen nicht unwiederbringlich verloren gehen. Die vorliegende Publikation will Entwicklungen in Erinnerung rufen und durchsichtiger machen, aber auch zu weiteren Untersuchungen zum Thema anregen.

Um diese Studie haben sich viele durch ihr Engagement und ihre Bereitschaft zur Auskunft verdient gemacht. Unser Dank gilt den zahlreichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Hessischen Staatskanzlei, der hessischen Ministerien und anderer Landesbehörden, den Archiven in Hessen und Thüringen, dem Archiv des Thüringer Landtags in Erfurt und dem Thüringischen Hauptstaatsarchiv Weimar.

Dass beteiligte Zeitzeugen Dokumente bereitgestellt oder sich Zeit für Interviews genommen haben, war für uns außerordentlich wertvoll. Wir danken all jenen Personen, deren schriftliche Berichte wir unmittelbar in die Dokumentation aufnehmen konnten. Hierzu gehören besonders die Vertreter der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck und des katholischen Bistums Fulda. Unser Dank geht insbesondere auch an all jene Personen, die das Vorhaben auf vielfältige Weise unterstützt haben, sowie an alle an der Drucklegung beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Societäts-Verlages und an die Druckerei Janß.

Möglich wurde dieses Projekt nur durch das große Engagement und die Unterstützung des Präsidenten des Hessischen Landtags, Herrn Norbert Kartmann, der früheren Vizepräsidentin, Frau Ruth Wagner, und des Abteilungsleiters der Landtagsverwaltung, Herrn Ministerialdirigenten Bernd Friedrich. Dafür danken wir ebenso wie für das Interesse und die Hilfestellung der Präsidentin des Thüringer Landtags, Frau Prof. Dr. Dagmar Schipanski, und ihrer Mitarbeiter. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

Karin Brandes

Philipps-Universität Marburg

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin darum gebeten worden, aus der nun vorliegenden umfangreichen Dokumentation zum hessischen Hilfsprogramm für Thüringen den Aspekt der Zeitzeugenarbeit in aller Kürze darzustellen. Eine Frage wird dabei die Bedeutung von Zeitzeugeninterviews für die zeithistorische Forschung betreffen. Wir durften soeben miterleben, wie bereichernd Zeitzeugengespräche für unser geschichtliches Wissen sind.

Beginnen möchte ich zunächst allerdings mit meinen eigenen Erfahrungen, die ich im Rahmen dieses Projektes und anderer Projekte sammeln konnte. Ich hatte das große Glück und Vergnügen, mit vielen interessanten und scharfsinnigen Zeitzeugen Gespräche führen zu können. An dieser Stelle sei zuerst all jenen gedankt, die in Interviews und Erinnerungsberichten ihr umfangreiches Wissen ohne Zögern weitergegeben haben. Die Bereitschaft vieler Zeitzeugen, sich an dem Projekt zur historischen Aufarbeitung der hessischen Unterstützung beim Wiederaufbau des Landes Thüringen im Prozess der deutschen Vereinigung ab 1989 – so der offizielle Arbeitsauftrag – zu beteiligen, war ausgesprochen groß.

Allein aus Zeitgründen war es im Rahmen dieser Untersuchung leider nicht möglich, mit allen Interessierten Interviews zu führen. Die Entscheidung fiel schwer, da alle Zeitzeugen wichtige und weiterführende Informationen und Erfahrungen beitragen konnten. Schließlich ergab sich die Auswahl der Zeitzeugen aufgrund der gewählten Themenstellung und speziell durch ihre aus den Aktenbeständen ersichtliche Rolle. Nicht zuletzt sollten unterschiedliche Facetten aufgezeigt und vielfältige Sichtweisen und Standpunkte deutlich werden. Insgesamt finden sich 18 Interviews und drei Erinnerungsberichte in der Dokumentation. Sie bilden einen wichtigen Bestandteil der Darstellung dieser Zeit.

Mit themenzentrierten Interviews wurden vor allem Experten befragt, die maßgeblich an der Gestaltung und Umsetzung des hessischen Hilfsprogramms, des Aktionsprogramms Hessen-Thüringen und/oder an entscheidender Position am Aufbau rechtsstaatlicher Verwaltungs- und Rechtsstrukturen in Thüringen beteiligt waren. Denn neben den behördlichen Überlieferungen staatlicher und kommunaler Provenienz sind es gerade die Aussagen der Zeitzeugen, die wertvolle Aufschlüsse über

diese bedeutende zeithistorische Phase zwischen 1989 und 1994, also die Zeit von der Entscheidung für das Aktionsprogramm bis zu seinem formellen Ende, liefern. Ihre Aussagen schaffen eine Ergänzung und Verdichtung der schriftlichen Materialgrundlage. Zugleich werden durch den Wechsel der Perspektive vom überlieferten Schriftgut zur mündlichen Erinnerung individuelle Sichtweisen und Handlungsmöglichkeiten deutlich.

Die Schilderungen und Bewertungen der Interviewpartnerinnen und -partner zeugen erwartungsgemäß von großer Kenntnis. Sie geben Einblick in die Vielfalt der Aufgaben und Maßnahmen, die es im Rahmen des Aktionsprogramms und darüber hinaus zu bewältigen galt. Sie beleuchten und beurteilen das hessische Engagement in Thüringen aus unterschiedlichen Blickwinkeln. Sie erlauben darüber hinaus weiterführende Erkenntnisse über die konkreten Arbeitsbedingungen vor Ort, über den Prozess der politischen Veränderung sowie über Kontakte zwischen Menschen in Hessen und Thüringen. Gerade hinsichtlich dieser Fragestellungen ist die archivarische Quellenlage naturgemäß lückenhaft. Ein anschauliches Beispiel hierfür bietet die Umgestaltung des Justizwesens, dem eine grundlegende Bedeutung für die Etablierung rechtsstaatlicher Prinzipien zukam.

Anhand der Aktenlage lässt sich die materielle und personelle Unterstützung Hessens beim Aufbau der Thüringer Justiz im Überblick aufzeigen. Wie aber die wichtige und zugleich schwierige Aufgabe der Überprüfung von DDR-Richtern und -Staatsanwälten im Hinblick auf ihre frühere Tätigkeit konkret ablief, welche Widerstände dabei zu überwinden und welche Handlungsweisen zu überprüfen waren, wird erst in Gesprächen mit Zeitzeugen greifbar. Denn gerade dieses, zumeist nicht schriftlich fixierte Expertenwissen schafft Einblicke in Erfahrungswelten, die ansonsten verschlossen geblieben wären.

Sehr anschaulich sind neben vielen anderen Interviews die Aussagen hessischer Richter, die noch vor Gründung des Freistaats Thüringen Gerichten in den DDR-Bezirken Erfurt, Gera und Suhl zwecks Aufbaus einer Fachgerichtsbarkeit zugewiesen wurden. Dies entsprach zwar dem Wunsch der damaligen DDR-Regierung unter Lothar de Maizière, jedoch nicht den Vorstellungen der Bezirksgerichtspräsidenten, was in den Interviews deutlich wird. Dr. Hartmut Schwan, derzeit Präsident des Thüringer Obergerichtspräsidenten in Weimar – er ist heute auch anwesend –, beschreibt seine ersten beruflichen Erfahrungen in der DDR wie folgt:

Die anfänglich vorhandene Bereitschaft der DDR-Richter, sich mit uns auszutauschen, hörte nach einer, wie wir später erfuhren, Weisung des Bezirksgerichtspräsidenten schlagartig auf. Die jüngeren Kollegen, die um Rat gefragt hatten, taten es plötzlich nicht mehr. Man versuchte, uns zum Nach-Hause-Gehen zu bewegen.

Wir vermuteten, dass man uns für die Vorhut der Übernahme der DDR-Justiz durch den Westen hielt, was vollkommen unbegründet war, da es die Fachgerichtsbarkeit in der DDR nicht gab, und es konnte folglich auch keine Konkurrenz entstehen. Es gab auch Methoden, die dazu angetan waren, uns in Hessen zu diskreditieren. Das geschah in Gera nach meiner eigenen Erfahrung noch relativ harmlos, indem man uns einen unmittelbaren Eingriff in die Verhandlungsführung der Ostkollegen unterstellte.

Auch diese atmosphärischen Schilderungen erklären die Bedeutung von Zeitzeugenbefragungen für die Forschung und gewähren – über die Wiedergabe von wichtigem Faktenwissen hinaus – Einblicke in ansonsten verschlossene Bereiche. Mündliche Geschichtsüberlieferung und mündliche Zeugenbefragung hat es gegeben, seitdem Menschen sich für ihre Vergangenheit interessieren. Das Bedürfnis, wichtige Aussagen Dabeigewesener festzuhalten, hat sich mittlerweile längst auch im Wissenschaftsbereich Zeitgeschichte etabliert und hat dort als eine Methode geschichtlichen Forschens seinen besonderen Platz eingenommen.

Heute sind die Zeiten vorbei, in denen die Oral History – so der mittlerweile feststehende Fachbegriff für die mündliche Zeugenbefragung – noch als eine höchst suspekteste Arbeitsweise galt, als zufällig, einseitig und subjektiv. Dass das Berichtete zum Zeitpunkt des Interviews zeitlich zurückliegt und erst durch den Filter der Erinnerung gehen musste, macht in der Tat eine der hervorstechendsten und zugleich problematischsten Besonderheiten aus. So gilt es, wie bei allen anderen Quellen auch, Zeitzeugeninterviews quellenkritisch zu hinterfragen und in den historischen Kontext und Forschungszusammenhang einzuordnen.

Dass die Oral History methodische Möglichkeiten von hervorragender Bedeutung bietet, belegen seit den 1980er-Jahren zahlreiche wissenschaftliche Untersuchungen. Auch im Zuge der politischen Umwälzungen in der DDR entstanden Projekte, in denen Akteure des Umbruchs als Zeitzeugen berichten. Wie es beispielsweise im Vorwort der Publikation Thüringen 1989/90 heißt, sollen subjektive Zeugnisse der

jüngsten Geschichte Thüringens für die zukünftige regionale Umbruchforschung als Quelle gesichert werden, da mit den vielen Kleininitiativen der Wende auch deren schriftliche Zeugnisse verschwanden. Auch in der 2007 erschienenen Publikation des Hessischen Landtags kommen Protagonisten der ersten Wochen und Monate der Wende sowohl in Hessen als auch in Thüringen zu Wort, die über Ereignisse dieser Zeit und ihre persönlichen Eindrücke Auskunft geben.

Heute, 20 Jahre nach Öffnung der innerdeutschen Grenze, gibt es glücklicherweise noch viele Zeugen dieser Zeit. Daher sollte eine vorrangige Aufgabe darin bestehen, Zeitzeugen über ihre Erfahrungen im Prozess der deutschen Vereinigung zu befragen, die geführten Interviews zu bündeln und für die Forschung und politische Bildung zugänglich zu machen. So wäre es wünschenswert, wenn beispielsweise ein wachsendes Archiv entstünde, in dem Interviews und persönliche Sammlungen wie Briefe, Tagebücher, Dokumente und Fotos zusammengetragen, archivarisch geordnet und inhaltlich erschlossen würden, wie es bereits ansatzweise im Rahmen des Forschungsprojekts im Hessischen Hauptstaatsarchiv in Wiesbaden geschehen ist. Gewiss wäre damit ein bedeutender Beitrag zur Bewahrung erinnerter Geschichte und auch der hessischen Geschichte geleistet. – Vielen Dank.

Schlusswort

Stefan Grüttner

Staatsminister und Chef der Hessischen Staatskanzlei

Herr Landtagspräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich denke, dass das heutige Symposium, das vor mir aufgestellte Buch und die Diskussion der Zeitzeugen auch vor dem Hintergrund der Ausführungen von Herrn Prof. Rödder aus Sicht des Historikers ein besonderes Interesse finden werden.

Diese Beiträge bewirken – das habe ich insbesondere bei der Diskussion der vier Gesprächsteilnehmer mit Herrn Krupp gesehen –, dass bei jedem ein Kopfkino abgeht: Welchen eigenen Erlebnishorizont hatte ich vor 20 Jahren? Was habe ich denn gemacht? Wie sah es bei mir aus? – Die meisten, die heute in diesem Raum sind, haben genau diese Erlebnisse gemacht. Sie haben wie die Zeitzeugen, die zu uns gesprochen und mit uns diskutiert haben, erlebt, wie bewegend und wie spannend die Zeit gewesen ist und welche besonderen Perspektiven sich daraus ergeben haben – auch durch einen persönlichen Einsatz. Ich glaube, dass Ruth Wagner daran gedacht hat, als sie gemeinsam mit Darmstädter Buchhändlern versuchte, Spenden zu sammeln, um das Weimarer Goethehaus wieder instand setzen zu können.

In diesem Zusammenhang weise ich auf Prof. Hans-Joachim Jentsch hin, der aus seinen ersten Tagen als Thüringer Justizminister berichten könnte. Ich habe die Gelegenheit, jetzt eine Ausstellung, die unten in diesem Hause gezeigt wird, zu eröffnen. Ich zitiere ihn immer, wenn ich aus hessischer Sichtweise darüber spreche, welche Verwaltungsaufgaben übernommen worden sind. Er hat das als Justizminister einmal folgendermaßen geschildert: Wenn der Postbote am Ministerium klingelt, macht der Staatssekretär auf.

Das ist heute nicht mehr in unserer Vorstellungswelt. Wir haben gehört, dass mit diesem Aktionsprogramm Hessen-Thüringen etwas mit Vorbildcharakter von Hessen aus auf den Weg gebracht worden ist. Das lässt sich aber sicherlich – Herr Gerhardt hat das gesagt – durch die besonderen Beziehungen zwischen Hessen und Thüringen erklären.

Ich glaube, dass wir heute sagen können, dass die hessische Aufbauhilfe in Thüringen auf gleicher Augenhöhe stattgefunden hat. Das

ist das Besondere gewesen. Das hat als Grundlage eine fruchtbare Zusammenarbeit in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft begründet. Noch heute sehen wir ein hohes Maß real existierender, länderübergreifender Zusammenarbeit, die für uns fast schon selbstverständlich ist, wie die Bildung eines gemeinsamen Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen, die Landesbank Hessen-Thüringen, der VdK-Landesverband Hessen-Thüringen, der ADAC Regionalclub Hessen-Thüringen, aber auch die Kulturkooperationen wie das Junge Literaturforum Hessen-Thüringen oder der DGB Hessen-Thüringen. Wir können kaum daran denken, dass der Beginn dessen 20 Jahre zurückliegt.

Die Bürgerinnen und Bürger in Thüringen haben eine große und vor allem sehr mutige Leistung erbracht, als sie für Recht und Freiheit auf die Straße gegangen sind. Dieses Auf-die-Straße-Gehen war aus unserer Sicht sehr wünschenswert, jedoch muss man wissen, mit welchem persönlich hohen Einsatz und Risiko dies verbunden gewesen ist. Nach dem Mauerfall gab es eine Phase des Zurechtfindens, eine Umstellung von der Planwirtschaft auf die Marktwirtschaft, von Zentralismus auf Föderalismus, von einem totalitär durchregulierten Leben auf einen freien Wettbewerb. Das alles haben die Bürgerinnen und Bürger nicht nur in Thüringen, sondern in allen neuen Ländern mit einem bewundernswerten Maß an Geduld und Flexibilität gemeistert.

Die Erinnerungen, die wir heute vor unserem geistigen Auge noch einmal Realität haben werden lassen, sind gerade für die Vertreter der jüngeren Generation sehr wichtig, die gar nicht mehr wissen – Herr Gerhardt hat das gesagt –, was für ein historischer Umbruch vonstattegegangen ist, die sich nicht mehr daran erinnern, dass es einmal zwei deutsche Staaten gab, dass Deutsche in Ost und West sogar Angst davor haben mussten, gegeneinander Krieg zu führen, und dass Freiheit und Recht für viele Menschen im heutigen Deutschland nicht immer eine Selbstverständlichkeit waren. Das müssen wir weiterhin vermitteln.

Insofern ist es wichtig, die Anregungen aufzunehmen, wie wir einerseits wieder Schulpartnerschaften organisieren können, damit diese Erinnerungen lebendig bleiben und nicht der Vergangenheit angehören, und andererseits mit weiteren Maßnahmen diese Erinnerungskultur pflegen können. Ich glaube, diese Buchveröffentlichung und das heutige Symposium können dazu einen wichtigen Beitrag leisten.

Herr Hertle hat bei der Beschreibung seiner Erinnerungen gesagt, dass er eigentlich nicht mehr an die Wiedervereinigung geglaubt hatte; dann war sie auf einmal da. Wir sind aufgerufen, heute einen Beitrag zu leisten, damit man diesen historischen Moment nicht vergisst – von einer ganz anderen Seite kommend. Die Hessische Landesregierung versucht, das über die Bildungsarbeit in der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung zu tun; dort haben wir jetzt einen neuen Schwerpunkt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur eingesetzt. Wir haben auch Protagonisten gefunden, die das durch eigene Erfahrungen verkörpern. Wir stellen Bildungsmaterialien zur Verfügung, damit in den Schulen dieses Thema einen wichtigen Stellenwert behält bzw. bekommt.

Deswegen danke ich seitens der Landesregierung für die Veröffentlichung, für das Symposium. Ich danke allen, die einen Beitrag dazu geleistet haben, und hoffe, dass man im Geiste dieses Symposiums einen weiteren Beitrag für eine vernünftige Erinnerungskultur leisten kann. In diesem Sinne spreche ich allen, die mitgewirkt haben, ein herzliches Dankeschön aus. Ich danke dem Herrn Landtagspräsidenten für die Organisation dieser Veranstaltung und dafür, dass dies bei uns eine richtige Nachhaltigkeit hat. – Herzlichen Dank.

Norbert Kartmann

Präsident des Hessischen Landtags

Meine Damen, meine Herren! Heute wurde schon so oft gegen das Protokoll verstoßen, deswegen: herzlichen Dank, Prof. Eiler, Frau Brandes, Fritz Hertle, Wolfgang Gerhardt, Hartmut Holzapfel, Franz Josef Jung, Stefan Grüttner und Prof. Rödder für die Gestaltung dieses Tages. Herr Graef, Sie gehören auch dazu. Ich danke allen, die aktiv mitgemacht haben.

Ich darf Sie nun zu einem Umtrunk und zu Gesprächen vor dem Plenarsaal einladen: mit Freunden und mit Kollegen aus Thüringen, die ebenso viel erzählen können. – Vielen Dank, dass Sie gekommen sind.

ISBN: 978-3-923150-38-0